

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zusatzklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 2 (ohne Postgeb.), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 A für die dreispaltige Zeile ober deren Raum berechnet

Der Pendel der Uhr.

Der Pendel der Uhr? Was hat der Pendel der Uhr an der Spitze des „Grundstein“ zu tun? Gemacht, lieber Leser, wir werden es gleich sehen!

Der Pendel der Uhr kann uns in diesen Tagen ein Lehrgegenstand von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein. Sieh Dir die Uhr einmal an, wie sie hängt an der Wand. Etwa eine alte Schwanzwälder Uhr, „Tid-Tad“, macht sie, „Tid-Tad“ — und der Pendel der Uhr wandert ruhelos hin und her.

Hast Du Dir schon einmal überlegt, was Dir dieser Pendel erzählen kann? Wie kommt es, daß dieser Pendel fortgesetzt hin und her wandert, jetzt nach links, jetzt nach rechts, jetzt nach links, jetzt nach rechts? Nun, Du weißt es: es ist eine Kraft vorhanden, die diesen Pendel treibt. In keinen Ketten hängen Gewichte herab, die halten durch ihre Schwerkraft die Uhr mit dem Pendel in Gang. Jetzt steigt der Pendel nach rechts hinan — auf einmal hat er einen gewissen Höhepunkt überschritten und fällt zurück. Warum stieg er gerade bis zu dieser Höhe hinan? Warum stieg er nicht höher? Warum blieb er nicht auf dem einmal erklommenen Punkte stehen?

Nun, Du weißt es, daß der Pendel auch ein Eigengewicht hat, daß ihn nach dem Gesetz der Schwerkraft die Erde zieht. Der Pendel stieg nicht höher, weil die Kraft, die ihn trieb, nicht groß genug war, ihn höher zu treiben. Er ging schon erheblich über seinen eigenen Schwerpunkt hinaus; aber je höher er hinaufstieg, um so mehr wirkte seiner Schwerkraft die eigene Schwerkraft entgegen. Je größer die Kraft ist, die den Pendel bewegt, um so höher steigt er empor; aber einmal kommt der Punkt, wo die eigene Schwerkraft des Pendels größer ist als die Kraft, die ihn treibt, und wo unvermeidlich der Rückschlag eintreten muß. Dann sinkt der Pendel zurück und treibt auf der andern Seite über seinen Schwerpunkt hinaus, und zwar um so stärker, je größer der Rückschlag ist, das heißt, je mehr er vorher seinen Schwerpunkt nach der ersten Richtung überschritten hatte.

Die Kraft, die den hin- und herwandelnden Pendel bewegt, wirkt auch in der ganzen Natur. Von ihr wird auch die Geschichte der Menschheit bewegt. Denn auch die Geschichte der Menschheit ist eine ewige Bewegung, ein ständiges Vor- und Rückwärtsgehen, bei dem freilich die Entwicklung der Menschheit ständig langsam vorwärts geht — gleichwie der Zeiger der Uhr. Karl Marx war es, der uns gelehrt hat, daß die ganze Geschichte der Menschheit eine Geschichte von Klassenkämpfen sei, aus denen der Fortschritt der Menschheit entspringt. Aus These und Antithese, aus Sach und Gegenfach wächst nach ihm die Synthese, die höhere Einheit, der Fortschritt empor. Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung schlägt die Quantität der Bewegung in Qualität um. Wir sehen das am Kapitalismus: indem er sich entwickelt, schafft er seinen eigenen Gegenfach: das Proletariat, das mit ihm den Klassenkampf führt. Je stärker er sich entwickelt, um so stärker wird sein Gegenfach, das Proletariat, das auf einer gewissen Stufe der Entwicklung zu seiner Überwindung berufen ist. Aus These und Antithese geht dann die Synthese, der Fortschritt in Gestalt des Sozialismus hervor.

Kann man diese Entwicklung gewaltsam beschleunigen? Manche glauben das, wir glauben es nicht. Gewiß dürfen wir Sozialisten nicht die Hände in den Schoß legen und die Entwicklung sich selbst überlassen. Wir sind ja denkende Menschen und können als solche die Entwicklung beeinflussen. Wir können alle Hindernisse aus dem Wege räumen, die einer gradlinigen ökonomischen Entwicklung entgegenstehen, vorausgesetzt, daß wir die politische Macht dazu haben. Aber wir können nicht nach Belieben ökonomische Systeme ändern, sondern dazu müssen ganz bestimmte Voraussetzungen gegeben sein. Der Sozialismus kann erst dann reiflich verwirklicht werden, wenn der Kapitalismus seinen Höhepunkt überschritten, wenn er alle seine Kräfte

ausgeschöpft und seine Gegenkräfte zu höchster Wirksamkeit entwickelt hat. Dazu gehört vor allem, daß die große Mehrheit eines Volkes den Sozialismus will und daß sie von ihm unbedingt eine Besserung gegenüber den heutigen Zuständen erwarten kann. Und zwar nicht nur eine materielle Besserung, sondern ganz besonders auch eine Besserung des seelischen und geistigen Wohlbefindens.

Diese Tatsachen wollen die vermeintlich revolutionären Revolutionäre in Deutschland wie in verschiedenen andern Ländern nicht einsehen. Sie wollen den Sozialismus mit Gewalt erzwingen, und zwar mit Hilfe der Diktatur des Proletariats. In Rußland und in Ungarn hat man die Probe aufs Exempel gemacht. Die Folge war aber nicht und konnte nicht sein die Erlösung des Proletariats, keine Besserung, weder des körperlichen noch des seelischen Wohlbefindens, sondern nur grenzenloses Elend, die Zerrüttung des Wirtschaftslebens und schließlich der Zusammenbruch. In Ungarn ist dieser Zusammenbruch bereits eingetreten. Er war vorauszusetzen. Ein Leines Säuslein von Menschen hat die Revolution gewaltsam über den Punkt hinausgetrieben, der den im Volke wirkenden politischen und ökonomischen Kräften entspricht. Die Revolution konnte sich auf diesem Punkte nicht halten; der Rückschlag mußte die Folge sein. Und der Rückschlag ist da: In Ungarn ist heute wieder ein Habsburger die Herrschergewalt aus! Schon rechnen manche damit, daß er sich, vielleicht mit Hilfe der Entente, über kurz oder lang die Krone aufs Haupt setzen werde. Er könnte das auf die Dauer nur, wenn die Mehrheit des ungarischen Volkes es wollte. Wäre das der Fall, dann hätten es sich jene Revolutionäre zuzufrieden, die mit der Errichtung der „proletarischen Diktatur“ und ihren ökonomischen und sozialen Folgen die Massen des Volkes der Reaktion in die Arme trieben. Es wäre nicht das erstemal, daß einzig und allein die Unvernunft der Revolutionäre einer Gegenevolution zum Siege verhilft!

Warum wie das hier schreiben? Weil auch in Deutschland Kräfte am Werke sind, die in gleicher Richtung wie in Ungarn wirken. Auch bei uns sucht man die Revolution über den Punkt hinauszutreiben, der den im Volke wirkenden Kräften und dem Willen der übergroßen Mehrheit des Volkes entspricht. Auch hier erstrebt man die Diktatur des Proletariats. Auch hier sucht man die auf der denkbar demokratischsten Grundlage zustande gekommene Regierung zu stürzen. Auch hier desorganisieren vermeintliche Revolutionäre die Volkswirtschaft.

Wir haben schon vor einigen Wochen auf die Folgen hingewiesen, die das auf unser politisches Leben und auf die politische Stimmung des Volkes hat. Massenhaft werden durch die immer wieder auflobernden politischen Streiks, die Aufstände und Rausche — die dann das Verbrechen zum Plünderung und Raub ausnutzt — Volksgenossen von der Revolution abgestoßen und der Reaktion und Gegenevolution in die Arme getrieben. Ohne diese Dinge hätte der Militarismus in Deutschland niemals wieder die Rolle spielen können, die er heute spielen kann, weil ihn die Regierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung braucht. Wir sind fest davon überzeugt, daß die schlimmste Reaktion das Ziel unserer vermeintlich revolutionären Revolutionäre heimlich mit allen Mitteln unterstützt, um auch in Deutschland die Revolution so weit über den nach Lage der ganzen Verhältnisse gegebenen Punkt hinauszutreiben, bis die Volksmassen von der Revolution abfallen und der Rückschlag eintreten muß. Manden von diesen Revolutionären scheint übrigens selbst diese Erkenntnis zu dämmern. In der letzten Zeit haben die Verantwortlichen von ihnen recht häufig vor Redaktionen gewarnt, und im Münchner Hofvertragsprozeß hat einer der Angeklagten — wenn wir nicht irren, war es der Berliner Hofvertragsanwaltschaft Erich Mühsam — davon gesprochen, in München wäre man bei Ausübung der Räuberpolitik den Feinden der Revolution in die Falle gegangen.

Wir glauben, daß diese Revolutionäre noch in sehr vielen andern Fällen ahnungslos den schlimmsten Feinden der Revolution in die Hände arbeiten!

Für die wirklich revolutionären deutschen Arbeiter sollte das Schicksal der ungarischen Räterepublik eine Warnung sein. Es zeigt, daß man ohne bestimmte ökonomische Voraussetzungen, ohne die Volkstreue des Kapitalismus und auch ohne eine gewisse politische, sittliche und ökonomische Reife der Menschen den Sozialismus nicht mit einem Schläge verwirklichen kann, daß ein gewaltames Vordrängen der Revolution über den im Bewußtsein der Volksmassen und in den ökonomischen Verhältnissen liegenden Punkt hinaus notwendig zu einem Rückschlag führen muß. Zweimal, im Jahre 1804 und im Jahre 1852, hat das vorben so revolutionäre französische Volk in allgemeinen Volksabstimmungen mit großer Mehrheit einen Napoleon zum Kaiser gewählt. Wer es mit den revolutionären Erregungszuständen in Deutschland, mit der demokratischen Freiheit und den sozialen Fortschritten (Wahlstundentag usw.) ernst meint, der darf nicht durch sein Verhalten die Volksmassen herbeiführen helfen, die die Volksmassen der Revolution entfremden und sie dem Vortrabalismus auf der einen und der Reaktion auf der andern Seite in die Arme treiben. Wir können sonst leicht zu Verhältnissen kommen, wie sie jetzt in Ungarn sind, und es könnte vielleicht auch in Deutschland einmal der Fall eintreten, daß eine Volksmehrheit in einer Ordnung schaffenden Herrscher von Gottes oder des Volkes Gnaden gegenüber der allgemeinen Unfreiheit und Anarchie das kleinere Übel sähe. Wer das nicht will, der denke an den Pendel der Uhr!

Die Aufgabe der Sozialisten muß es sein, die Volksmassen für den Sozialismus zu gewinnen, um die Kraft zu verstärken, die vorwärts treibt, nicht aber die Volksmassen durch die Zerrüttung unseres Wirtschaftslebens, durch Unordnung, Plünderung und Terror vom Sozialismus abzustoßen und die Kräfte zu stärken, die rückwärts treiben. Wer lehreres tun, der dient nicht dem Fortschritt und der Revolution, sondern dem Gegenteil.

Zum Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Anlässlich der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam fand auf Veranlassung unseres Verbandsvorsitzenden, Kollegen Paeplov, eine Aussprache zwischen Vertretern der deutschen, französischen und holländischen Bauarbeiter über den Wiederaufbau Nordfrankreichs durch deutsche Zivilarbeiter statt. An der Besprechung nahmen teil: Chaubin vom französischen Bauarbeiterverband, J. v. Achterberg vom holländischen Bauarbeiterverband, ein Vertreter des holländischen Zimmererverbandes, Schrader vom Zentralverband der Zimmerer Deutschlands und Paeplov und Silberchmidt von unserm Verband. Kollege Paeplov erklärte, daß deutsche Bauarbeiter unter bestimmten Voraussetzungen bereit wären, beim Wiederaufbau Nordfrankreichs mitzuhelfen. Der Vertreter des französischen Bauarbeiterverbandes, Kollege Chaubin, der sich aufs freundlichste mit den Vertretern unseres Verbandes unterhielt, glaubte gleichwohl die deutschen Bauarbeiter vor der Arbeitsaufnahme in Nordfrankreich warnen zu müssen. Er erklärte, der allgemeine Sach der Franzosen gegen alles Deutsche sei so groß, daß er sich wundere, wie es möglich sei, daß deutsche Arbeiter nach Nordfrankreich kommen wollten. Er rief unsere Vertreter ersuchen von ihnen Ränken ab und meinte, es werde Frankreich auch ohne die Hilfe deutscher Arbeiter möglich sein, die gefährlichen Gebiete wieder aufzubauen, wenn auch nur in langer Zeit und unter Heranziehung spanischer und italienischer Arbeiter.

Am Anschluß an diese Besprechung fuhr unser Kollege Silberchmidt mit der vom Reichswirtschaftsministerium beauftragten Kommission nach Versailles, um dort mit



einer französischen Regierungskommission zu verhandeln. Stollge Silberstein hat in Versailles von seiner Unterredung mit Chaubin Mitteilung gemacht. Der französische Minister Louchet sprach darauf die Meinung aus, daß die Ausräumungen Chaubins in Amsterdam nicht in Frage kommen sein müßten. Er wolle deshalb eine nachmalige Aussprache zwischen Silberstein und Chaubin veranlassen. Amlich wird das in folgender Form mitgeteilt:

Die Beratungen der Wiederaufbaukommission in Versailles.

Zu Beginn der Kommissionsitzung am 4. August erklärte der französische Vorsitzende, der Minister Louchet, daß die Entente bereit wäre, die Mittel zu prüfen, welche von deutscher Seite vorge schlagen würden, um mit Hilfe der Alliierten die deutsche Kostenübertragung zu sichern. In der Plenarsitzung der Kommissionsitzung gab Herr Louchet die Erklärung ab, daß er dem aus Amsterdam zurückkommenden Vorsitzenden der französischen Bauarbeiter Chaubin mit dem deutschen Delegierten Silberstein von der Gewerkschaft der Bauarbeiter zusammenzuführen würde. Er sei der Ansicht, daß die Amsterdamer Verhandlungen Chaubins, wonach deutsche Arbeiter in Nordfrankreich unterworfen wären, mißverstanden sein müßten. Bei Wespredung der Einzelfragen äußerte Minister Louchet, er dürfe sich, daß Deutschland vor allen Dingen die Gebiete von Lothar und Westfalen wieder aufbauen würde. Auch hielt er es für dringend erwünscht, daß Deutschland eine möglichst große Anzahl Hilfsarbeiter für die französische Landwirtschaft in Nordfrankreich zur Verfügung stellen sollte. Das Verhältnis der französischen Bauern zu den deutschen Kriegsgefangenen sei gut gewesen, daher glaube er, daß hierbei die Beschäftigung deutscher Arbeitskräfte wohl die geringste Schwierigkeit bieten würde. Nach eingehender Aussprache wurde die Grünung folgender Interkommissionen beschlossen:

1. Kommission zur Regelung der Lebensmittel-, Bekleidungs- und Lebensverhältnisse der deutschen Arbeiter in Nordfrankreich (hierzu sollen Finanzleute und Arbeiterdelegierte ausgenannt werden).
2. Kommission für soziale Versicherungsangelegenheiten der deutschen Arbeiter.
3. Kommission für Gefangenenfragen (vorläufig ohne auf die Fragen des Versammlungsrechts, der Pässe, der Zensur und der Funktionen der Gewerkschaftsbeamten eingegangen, zu denen die französische Regierung erst Stellung nehmen will).
4. Kommission für Wiederaufbauarbeiten in den Deutschland überwiegenen Zonen (außändig auch für Rheinabfragen).
5. Kommission für Wiederaufbauarbeiten.
6. Kommission zur Wiederherstellung der Minen und Minenarbeiterhäuser.
7. Kommission für Eisenbahn- und Wäsendebau.
8. Kommission für das von Deutschland an Frankreich zu liefernde Baumaterial.
9. Kommission zum Studium der noch übrigen zu erledigenden Angelegenheiten des Wiederaufbaues.
10. Kommission für alle Transportsfragen (deutsch-französisch-belgisch). Diese Kommission denkt sich Minister Louchet mit Ergänzungsmitgliedern ausgestattet und in Permanenz legend.
11. Kommission zur Beschaffung von 40 000 bis 50 000 Familienkardern.

Innershalb der nächsten Tage werden die von Nr. 1, 4, 10 und 11 aufgestellten Interkommissionen ihre Arbeiten beginnen. Der Verlauf der bisherigen Verhandlungen kann als befriedigend angesehen werden.

Aufruf des Zentralkrats der deutschen sozialistischen Republik zum Wiederaufbau.

Der Zentralkrat der deutschen sozialistischen Republik (gez. Cohen) erklärt an alle Arbeiterkräfte der deutschen Republik folgenden Aufruf:

Eine der wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrages ist die Bestimmung über den Wiederaufbau in Frankreich und Belgien zerstörter Gebiete. Von der Art ihrer Ausführung hängt außerordentliches für das zukünftige Geschick unseres Landes ab. Die Leistungen Deutschlands für den Wiederaufbau müssen in der Hauptsache in der Stellung geeigneter Arbeitskräfte bestehen. Jede andere Form, beispielsweise die Vergütung oder übermäßige Besteuerung von Rohmaterialien, würde katastrophale Folgen für unser Land haben. Es handelt sich also darum, daß die zahlreich in Deutschland vorhandenen Arbeitskräfte, die teils ohne Beschäftigung sind, sich freiwillig für den Wiederaufbau zur Verfügung stellen. Es ist selbstverständlich, daß die Interessen der Arbeiter dabei nach jeder Seite gewahrt werden müssen, unersetzliche Forderungen aber, wie sie in letzter Zeit auftauchen, dürfen nicht gestellt werden. Sie würden die ohnehin verzweifelte Lage unseres Landes noch verzweifelter gestalten. Es darf nicht vergessen werden, daß wir bei allen den Wiederaufbau betreffenden Dingen nicht frei, sondern von der Entente abhängig sind und in allem vorherige Verständigung mit Frankreich ergreifen werden muß. Am besten würden zweckdienliche Arbeitsbedingungen durch gemeinsame Handeln der deutschen und französischen Gewerkschaften zu erzielen sein. Aber auch für die Arbeiterkräfte der deutschen Republik liegt hier eine lohnende Aufgabe. Sie müssen den deutschen Arbeitern sagen, daß Angeheures von der richtigen Erledigung dieser Angelegenheit abhängt. Sie müssen ihnen sagen, daß diese Arbeit nicht geschieht für den deutschen und französischen Kapitalismus, sondern für das eigene Volk und dessen Befreiung. Jede sozialkapitalistische Form bei dieser Wiederaufbauarbeit beizubehalten zu wollen, wäre ein nutzloses Wagnis und absolut unmöglich. Versuchen wir nicht, daß es gilt, schnell zu handeln, die neuen Formen aber, die die Privatunternehmen vollkommen ausschalten sollen, im Augenblick noch gar nicht ergreifen. Der Wiederaufbau Frankreichs ist ein gemeinsames deutsch-französisches Interesse, ja noch mehr: ein gemeineuropäisches. Das müssen die deutschen Arbeiter einsehen und danach handeln. Denn wird die Frucht des Wiederaufbaues die Annäherung des deutschen und französischen Volkes sein. Die deutschen Arbeiter werden von sich sagen dürfen, daß ihnen das Hauptverdienst an diesem Ergebnis zu danken ist. Der Zentralkrat richtet daher an alle Arbeiterkräfte den dringenden Appell, im Sinne dieses Aufrufes tätig zu sein und mit Begeisterung, daß der deutschen Republik aus der Richterfüllung gerade dieser ausschlaggebenden Friedensbedingung kein neuer unabsehbarer Schaden erwächst.

Quantitative Interoffiziere zum Wiederaufbau Nordfrankreichs?

Der Verband inaktiver Interoffiziere hielt am 3. und 4. August in Berlin seine Delegiertenversammlung ab. In seinem Referat über die Aufgaben des Verbandes sagte nach dem „L.“ Zwick, Berlin, der Verband wolle für alle sorgen, die durch den Weltfrieden aus dem Heere entlassen werden müssen. „Wir wollen keine Arbeitslosen unterstützen, sondern Arbeit und unser Vaterland wieder aufbauen. Wir verpflichten uns, unsere gefangenen Kameraden in Frankreich abzulösen und sind bereit, uns als freie Arbeiter nach Nordfrankreich zu melden. Wir wollen aber den Arbeitsnachweis selbst in die Hand nehmen.“ Das heißt gerade so aus, als ob die inaktiven Interoffiziere auch im Bürgerlichen Leben

eine Menschenklasse für sich wären. Wenn sie im Heere nichts mehr zu tun haben und die Arbeit des Wiederaufbaues in Nordfrankreich der sehr wichtigen Arbeit in deutschen Bergwerken oder in der deutschen Landwirtschaft vorgezogen, dann müßten sie sich dem Deutschen Bauarbeiterverband anschließen. Der wird dann, wenn es sich einmal so weit hin, auch für sie in Nordfrankreich Arbeit mit vermitteln.

Ab Schaum.

Wenn im Herbst die Weinernte beendet ist, dann steht der junge Wein in den Gärten und treibt durch die sich entwickelnde Kohlensäure alle in ihm enthaltenen unreinen Stoffe durch das Spundloch ab. Wenn der Brauer seinen Sud aus dem Rührkessel in die Gärkasser geleitet hat, so spült sich beim Bier ein ähnlicher Prozeß ab wie beim Wein. Wenn die Hausfrau gewisse Speisen zubereitet, so stellt sie mit dem Schaumkessel neben dem Herd und schäumt ab; das heißt sie wirft die empfindlichen Unreinheiten in den Abfallimer.

Ein ähnlicher Prozeß scheint sich in den letzten Wochen innerhalb der deutschen Revolutionsgeschichte abzuwickeln. In einer Revolutionszeit gären die Ideen und Meinungen in der Menschheit lebhafter denn sonst, sie schäumen oft aufbraunend über den Rand und drängen mit ihrem Schaum das Feuer zu verdrängen. Selbst das letztere nicht geschehen, so muß immer redigeltig abgeschäumt werden. Schädlinge und unreine Stoffe müssen aus der Masse entfernt und unschädlich gemacht werden. Und die letzten Wochen haben uns in kraftigen Bildern gezeigt, wie viele Schmarohergerrichten in der Revolution hochgekommen sind. Menschen, die bisher in den weitesten Kreisen unbekannt waren, verstanden es, sich durch einige tabulose Pfaffen in so das Vertrauen der armen geplagten Bevölkerung einzuflechten, daß man diese Vorgänge selbst erlebt haben muß, um ihre Möglichkeit zu begreifen.

Die Hochverratsprozesse der letzten Wochen sind für die ehrlich-revolutionäre Begeisterung und Ueberzeugung einfach tief niederdrückend und beschämend. Wir gestalten uns eine kleine Willkür. Bei den bisherigen Berliner Hochverratsprozessen zeigte sich mit erschreckender Deutlichkeit, daß tatsächlich, wie bereits Lenks festgesetzt hat, mit Rosa Luxemburg der einzige Mann aus der linksradikalen Bewegung ausgeschlossen ist. Denn von einem gangen Mann erwoartet man, daß er auch dann, wenn die Sache nicht nach Wunsch geht, voll und ganz zu seinen Taten steht. Man erwartet, daß er seine Position nicht dadurch zu verbessern sucht, daß er Militäre befaßt. Heute beschuldigen sich in Berlin die Leute von der 11. S. P. und von der K. P. D. in einer Weise, daß viel dazu gehört, wenn ihnen noch jemand Achtung entgegenbringen soll. In Bremen zeigte sich, daß eine Anzahl Verbrecher verstanden hatten, sich bei den Kommunisten in Vertrauensposten einzuschmuggeln, die ihnen während ihrer kurzen Herrschaft gelassen, sich persönlich zu bereichern oder sonst Vorteile herauszuholen. Der einzige Gewerkschaftsangehörige der dort zu den Besten überließ und mit auf die „Sonsen“ schimpfte, hat sich in der kurzen Revolutionszeit vom armen Schlachtergesellen zum wohlhabenden Schlachtermeister entwickelt. Andere seiner Gewerkschaftsgenossen haben viele tausend Mark angedient, die oblungene Rechnung ausgegeben, aber sie sind nicht inlands, abrechnungsgemäße Belege dafür beibringenden. In Wismars haben sich zurzeit ein Prozeß ab, bei dem öffentliche Dinge zur Sprache kommen. Wastrosen hatten dort eine Republik Oldenburg-Holstein gegründet, deren Präsident ein gewisser Ruhnau war. Als die Sache brennlich wurde, flüchtete Ruhnau rechtzeitig; es gelang ihm aber nicht, mehrere Takte voll Papiergeld, das man von den Banken „requisitiert“ hatte, mitzunehmen. Das Papiergeld verbrannte zum großen Teil. Ob mit Absicht oder durch Zufall? Die es genau

Haus- und Wohnungsbau des Altertums.

Von H. Wolff, Friedenan.

(Fortsetzung.)

Großer Beliebtheit wie die edlen Häuser erfreuten sich bei den antiken Baukünstlern auch die edlen Gesteine. Granit, Porphy, Eben, Serpentinstein usw., dienten als Schmudmaterialien für feinere architektonische Zwecke, in ganz besonders hohen Maße aber Marmor, das kostliche Baumaterial der antiken griechischen Architektur. Die Verwendung des Marmors ist nahezu ein eigenes Kapitel der antiken Baukunst. Schon bei den uralten Kulturvölkern der Ägypter und Babylonier finden wir eine ausgeübte Verwendung des edlen Gesteins. Tempel, Paläste und sonstige Prachtbauten wurden mit Marmor und Marmorarbeiten ausgekleidet, aus Reliefdarstellungen aus diesen hergestellt. Bei den alten Ägyptern und ebenso auch bei den Phöniziern finden wir bereits eine vorgezeichnete ornamentale Bearbeitung des Marmors aus dem vollen Block, finden wir kunstvoll gehauene Säulengänge, Grabdenkmäler, Sarkophage, auch Marmorobelis als Ergänzungen eines bereits hochentwickelten Kunstgeschmacks vor. Das kostliche Material aber des Marmors und seiner kunstfertigen Entwürfen und architektonischen Verwendung aber beginnt bei den Griechen, dem kunstliebendsten Volke der Kulturgeschichte. Hier beginnt vor allem die Schöpfung des seltenen weißen Marmors und dessen Bearbeitung für die Zwecke der Bildhauerkunst, die hier ihren Anfang nimmt und für die der edle und stützungsstarke Stoff die fruchtbarste Grundlage ihrer technischen und künstlerischen Entwicklung wurde. Die mächtigen Brüche des Pentelikongebirges bei Athen, auf den Inseln Paros, Karos, Syros und Chios, dem Symmetos in Kleinasien und in zahlreichen anderen Gegenden lieferten der antiken Bildhauerkunst und Architektur einen unerschöpflichen weißen Marmor, während farbiger Marmor in den verschiedensten Arten für dekorative, kunstgewerbliche und architektonische Zwecke und zum Innenausbau in ausgedehntem Maße verarbeitet wurden.

Die Schönheit des Marmors und seine Bearbeitung durch die Hand des Künstlers und Architekten findet schon in den Gesängen eines Homer begeisterten Widerhall. Die Gründung der für Architektur und Kunstgewerbe gleich hochbedeutenden Kunst des Marmorarbeitens wurde von den Aken dem kriegerischen Volk der Parier aus Kleinasien zugeführt; diese sollen es gewesen sein, die Marmor in Italien formen zuerst bei dem Bau des Pantheonums in Galliarum verwendeten, womit hier das erste der Verwendung und Bearbeitung des Marmors für die Zwecke der architektonischen Verkleidung und Verfestigung beginnt wurde. Wie große Verwendung die Marmorarbeit und die Verwendung des edlen Gesteins für architektonische Zwecke bei dem Griechenvolk erfuhr, dafür mag angeführt sein, daß der edle Marmor auf der Insel Paros, wo wir heute als einen der teuersten Bildhauerzentren schätzen und verwenden, von den Parosern der Insel außer zu andern Zwecken auch zur Herstellung von — Dachziegeln verwendet wurde; der Griechische Mythos aus Paros soll um das Jahr 575 vor Christi die Kunst, Marmorziegel zu schneiden, erfunden und bei seinen Randsteinen eingeführt haben. Von den Griechen gingen Bearbeitung und Verwendung des Marmors in nahezu unveränderter Form auf die Römer, die weit- und kulturgeschichtlichen Nachfolger jener, über, allerdings erst in späterer Zeit des Römertums, etwa seit der Zeit Julius Cäsars, der sich sehr um die Hebung der Weltkultur bemühte und eine Reihe von Weichen in Italien, darunter die Carrarischen fand, erschließen ließ. In der Zeit der römischen Kaiser Baukunst, des Kunstgewerbes und auch des Möbelbaues, trat. Aus allen Enden der Welt, wo überhaupt Marmor zu finden war, schleppten die Römer das kostbare Gestein in ihr Land, oftmals unter ganz ungeheuren Schwierigkeiten, die der Transport der ungeheuren schweren Marmor-

blöcke verursachte, gemaß dieser damals noch nicht auf dem schnellsten und bequemeren Seewege, sondern auf dem Landwege erfolgte, auf dem die Blöcke auf schweren, oftmals mit Dackeln, ja Hunderten von Zugochsen bespannten Wagen selbst über die weitesten Strecken und die schwierigsten Wege geführt wurden. Die Folge war, daß sich in Rom im Laufe der Zeit ganz ungeheure Mengen von Marmor anhäufeten. Zahlreiche Tempel und Prachtgebäude, auch die Wohnhäuser sehr reicher und vornehmer Privatleute, wurden ganz oder teilweise aus Marmor hergestellt, und wie in allem, so trieben die Römer auch in diesem edlen Material einen Luxus, der nahezu zur Überstürzung wurde. Vollständig aus Marmor waren der Vestatempel, die Trajanssäule, der Triumphbogen des Titus und des Konstantin und noch zahlreiche andere öffentliche Bau- und Kunsterkte. Die ständig anwachsende starke Nachfrage nach Marmor, besonders nach dem edlen und edelsten Sorten, veranlaßte den Kaiser Nero, alle Marmorbrüche für Staatszwecke erklären zu lassen, womit nahezu für die gesamte damalige Kulturwelt ein Monopol geschaffen wurde, aus dem die römischen Staatskassen gewaltige Summen zogen. Niemals wieder höher Kunst, Kunstgewerbe und Architektur eine so große Verwendung in der Verwendung des Marmors erreicht wie in der Antike.

Eine hervorragende Rolle in der Wohnungsbaukunst des Altertums spielte endlich die Wandmalerei, die bei Verschönerung der Räume der Wohnungen, der Saalengänge, der Tempel, Paläste, öffentlichen Gebäude usw. dient. Zahlreiche Ergänzungen der antiken dekorativen Wand- und Stuhlbildwerke sind bis auf den heutigen Tag erhalten geblieben. Bei der Ausgrabung der vom Restum im Jahre 70 nach Christi zerstörten Städte Seculianum und Pompeji sind zahlreiche Wandgemälde gefunden worden, die uns den Beweis liefern, daß die Wandmalerei in griechischer und römischer Altertum ausgedehntesten Umfangs betrieben wurde und damals nicht nur die Reichen und Wohlhabenden, sondern auch die mittleren und ärmeren Schichten der Bevölkerung sich des Schmuckes guter Wandmalerei in ihren Wohnungen erfreuen konnten, ein Umstand dieser

wissen, werden sich nicht melden. In Leipzig wurden von der Stadverwaltung 400000 Mark „geholt“, um streifende Eisenbahner damit zu unterstützen. Aber zunächst bekamen nicht die Streikenden sofort das Geld, sondern es wurde zur Aufbewahrung an Leute gegeben, die nachsichtlich deshalb besonders als Treuhänder geeignet waren, weil sie in den Veranlassungen den größten Wund hatten. Nun wurde das Geld so gut aufbewahrt, daß rund 100000 Mark nicht mehr aufzufinden waren.

Der Stuttgarter „Sozialdemokrat“ (S.P.) stellt sich veranlaßt, eine Untersuchung darüber anzustellen, wer denn die Kommunisten eigentlich seien. Von einigen Ausnahmen abgesehen, habe man bis vor kurzer Zeit keinen der kommunistischen Parteiführer auch nur dem Namen nach gekannt. Diese werden Meuninger im politischen Leben genannt; kriegerische Gelder des Schlachtfeldes, die jetzt in das andere Extrem gefallen sind. Dem einen wird nachgesagt, er sei noch vor kurzem ein sehr schneidiger militärischer Vorgesetzter gewesen. Ein zweiter Führer ist noch während der Revolution sehr stolz mit „monarchischen“ Orden auf der Brust herumgelaufen. Nun, wie rechnen den Leuten diesen Einnahmeüberschuss nicht in jeder Hinsicht an, aber es sind unter ihnen wirklich auch viele Konjunkturpessimisten. In Göttinge bei Dortmund wurde kürzlich ein Kommunistenführer ein gewisser Hans Lombrak, verhaftet. Er wurde nach Münster i. W. gebracht. Aber schon gleich nach seiner Verhaftung wollte er den Kommandanten der Reichswehr in Dortmund sprechen. Das konnte nicht geschehen, er mußte sich bis Münster gebüden, wo er nun gleich nach seiner Ankunft das Angebot machte, der Regierung als Späher zu dienen. Ein Ehrenmann. In 24 Stunden hat er demnach seine politische Meinung total gewechselt. Oder bestand diese überhaupt nur darin, möglichst viel zu „verdienen“?

Eingig ist jedoch der Verkauf der Revolution in München. Banke, Grabs, Drama, Tragikomödie, Lustspiel, Satyrspiel und Spill, alles in einem. Man ist sehr auf ihre besondere Eigenart bedacht, Bayern, die nach der Meinung ihrer Staatsmänner nicht anders als paritätisch regiert werden können, lassen sich von einem Häuflein aus allen Winkeln Mitteleuropas zusammengelaufener Menschen eine Mätereipublik hergauen, lassen sich 6 Wochen lang auf das Schlimmste terrorisieren, leiden Hunger und Durst, lassen ihre eigenen bodenständigen Minister von diesen Gefellen aus der Hauptstadt jagen, um am Schluß zu merken, daß sie das Opfer von Menschen sind, von denen zwar einige noch Vandauer, über sehr viel Idealismus, aber die meisten doch nur über sehr viel Lumperei verfügen. Welch größte Figur ist wohl dieser Doktor Epp. Während des Krieges deutscher Epion in Italien und der Schweiz, darauf als überreiztem Häufig bitterer Feind des Generalstabes, wegen blühender Schwärmerin in Stuttgart in Schutzhaft genommen, erscheint er eines Tages in München, um dort an der Revolution teilzunehmen. Er wird dort Volkstribun für das Ausnützige. Als solcher teilt er der taunenden Mittelwelt durch Telegramm mit, daß sein Vorgänger Hofmann gestrichelt sei und die Niederträchtigkeit begangen habe, den Wortschiffel mitzunehmen. An den Verkehrsminister der Mätereipublik schrieb er: „Mein lieber Amtsbruder! Ich habe Württemberg und der Schweiz den Krieg erklärt, weil die Hunde nicht die 60 Lokomotiven mit sofort leistungsfähigen haben. Ich bin froh, daß wir siegen. Außerdem werde ich den Segen des Papstes, mit dem ich sehr gut verträglich bin, für unsere Sieg erheben.“ Nebenbei liest man noch folgende in den Zeitungen veröffentlichte Straßred: „Der Epp ist verdammt! Er war auch früher schon einmal im Arresthaus. Aber wer hat ihn zum Minister gemacht? Seine Parteifreunde und Kollegen mußten doch merken, mit wem sie es tun hatten. Oder waren sie selbst halb verrückt? Zum Teil möchte man das letztere glauben.“

Jedenfalls hat Dr. Epp ein großartiges Mundwerk, also vollständigen Befähigungsnachweis. Neben ihm war auch Herr Wälsam Minister. Ein Literaturfrob. Er nennt sich Anarchist. Ist Mitbesitzer von 19 Berliner Mietshäusern und hat erst vor einem Jahre 40000 geerbt, die allerdings nicht seiner Angabe ziemlich verbraucht sind. Seinen Verkehr suchte er mit Wortleuten in Verkehrsreisen, die er für seine Ideen, die er für anarchisch hält, zu begreifen suchte. Wahrscheinlich, indem er ihnen den Braudhonschen Satz: „Eigentum ist Diebstahl“ erklärte. Die Anwesenheit, die seine Freunde aus seinem Umgang zogen, war, daß sie den Satz so auslegten: „Durch Diebstahl kommen wir am leichtesten zu Eigentum“, und ihn befohlen haben, wo sie konnten, die Miete zu erlassen habe, ist nicht bekannt geworden.

Eine besondere Glanznummer ist Dr. Wadler. Dieser Gentleman ist als begeisterter Kriegsfreiwilliger eingetreten, hat es in der bayerischen Armee bis zum Leutnant gebracht und hat noch 1917 petitioniert, man möge ihn zum Oberleutnant ernennen. Obwohl er als Jude in Kratau in Galizien geboren wurde, schloß er doch bereits so urteillos, daß man ihn zum Gouverneur nach Brüssel kommandierte, damit er dort die bayerischen Interessen vertritt. Hauptächlich sollte er dafür sorgen, daß Bayern bei der Zuteilung der zwangsweise nach Deutschland zu vertriebenen Arbeiter nicht zu kurz komme. Das hat er redlich befohlen. Er ist auch tapfer dafür eingetreten, daß die Belgier, die in Deutschland etwa Streikgeister bekamen, dafür bestraft werden sollten. Wir bitten unsere Kollegen zu beachten: Die Gewerkschaftsvorstände haben allen ihren Einfluß aufgegeben, um diese belgischen Arbeiter zu schützen, trotzdem werden sie von den Leuten auf das unästhetischste beschimpft, die einen Dr. Wadler zum Minister machen.

Wichtige Dinge ergaben nun die Gerichtsverhandlungen fast überall, wo es sich um Revolutionsprozesse handelt, waren auch nicht in jenem Ausmaße wie in München. Dort sind noch viele unserer Kollegen in Haft. Mehr als ein Dutzend unserer Mitglieder sind in den Zög gegangen für eine Idee, die sie für gut und edel hielten. Da wir ihnen in der Politik zustimmen oder nicht, wir gebeten ihrer in Ehren. Was aber sollen wir von denen halten, die zuerst mit glühenden Worten die Arbeiterschaft zum blutigen Kampf begeisterten, die aber dann, als die Sache schief ging, so rechtzeitig an Flucht dachten, daß sie heute nicht auffindbar sind oder die, wenn sie gefangen wurden, möglichst viel von der Schuld von sich abzumäßen und auf ihre Genossen zu schieben suchten. Wieviel sind von diesen Helfen des Wortes bisher mannhalt für ihre Ideen gestorben? Landauer ist erschossen worden. Karl Reichardt und Rosa Landauer wurden ermordet. Das sind drei bewusste Revolutionäre, von denen man annehmen darf, daß sie vollständig rein in ihren Ideen aufgingen. Alle, die sonst noch in den deutschen Revolutionskämpfen den Zög erlitten, sind, abgesehen von Soldaten, entweder Angehörige der Arbeiterschaft, oder Unschuldige, die zufällig getroffen wurden, oder Mörder. Die sogenannten Führer haben es meistens außerordentlich gut verstanden, aus der Schußlinie zu bleiben. Die Arbeiter müssen darauf die Lehre ziehen, daß sie von denen, die derartige Kämpfe heraufbeschwören, nicht anders betrachtet werden als während des Krieges von den Offizieren als Rammenspatzen. Wir sagen nochmals: Man muß es ersehen haben, um es zu glauben, daß die Arbeiterschaft den Männern, die bisher ihre Führer waren, deren ganzes Leben wie ein Buch offen vor ihnen liegt, ihr Vertrauen entgegen haben, um es anderen Männern, die sie noch gestern nicht kannten, deren Vorteben in den meisten Fällen sehr dunkel ist, ihr ganzes Vertrauen entgegenzugeben, nur weil diese schon klingende Worte sprachen. Man muß die Beschimpfungen

der alten Arbeiterführer gehört haben, um die Größe des Reinfalls mit den neuen Führern ganz zu verstehen. Und es ist noch nicht das Ende.

Mit diesem Artikel wollen wir nichts gegen die Grundzüge oder die Taktik irgend einer politischen Partei sagen. Der Zweck ist, unsere Kollegen zu ermahnen, sich jederzeit die Personen, die nach einer Führerrolle streben, genau anzusehen. Auch diesen Leuten mehr auf die Hände zu setzen und weniger auf das Maul zu hören. Wenn dieser Zweck erfüllt wird, so ist der bisherige Wahnsinn nicht ganz nutzlos gewesen, so schmerzlich auch für uns die Opfer und Enttäuschungen sind, die die Arbeiterklasse dabei erleidet.

Die gewerblichen Unfälle im Jahre 1917 und der Bericht des Reichsversicherungsamts für 1918.

Nachdem der Friede geschlossen und nun endlich die Hungerblutade aufgehoben ist, werden die vielen Verletzungen einer zielbewussten Bevölkerungspolitik sich zu Laten verjähren müssen. Im Vordergrund steht hierbei die Reform der sozialen Gesetzgebung und die damit zusammenhängenden Fragen einer wirkungsvollen Ausgestaltung der Unfallversicherung und des gewerblichen Gesundheitswesens überhaupt, insbesondere durch eine bessere Organisation der Betriebsüberwachung. Zur Begründung der darauf gerichteten Maßnahmen ist das in Betracht kommende Jahressummarial des Reichsversicherungsamts von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Zahl aller Unfälle betrug nach amtlicher Feststellung bei den Berufsgenossenschaften, Zweigvereinen, Reichs-, Staats-, Provinzial- und gemeindlichen Ausführungsbehörden:

Jahr	Unfälle insgesamt	Entschädigte Unfälle	Toten	Blüh Verletzte
1913	789 878	189 633	10 289	
1914	704 978	124 086	9 401	
1915	662 604	98 227	8 989	
1916	606 056	103 183	9 951	
1917	684 151	107 584	11 520	
1918	666 964	112 942	?	

Für 1918 sind die Zahlen nur nach einer vorläufigen Ermittlung angegeben. Die Beteiligung der gewerblichen Berufsgenossenschaften zeigt sich in folgenden Zahlen:

Jahr	Unfälle insgesamt	Entschädigte Unfälle	Toten	Blüh Verletzte
1913	581 211 (63,33)	74 978 (7,91)	6578 (6,69)	
1914	514 975 (62,23)	66 580 (8,05)	5992 (7,72)	
1915	427 994 (63,96)	50 119 (7,49)	5593 (7,84)	
1916	439 485 (65,57)	55 538 (8,29)	6426 (9,99)	
1917	508 785 (72,17)	61 170 (8,73)	7069 (11,14)	

Die in Klammern gegebenen Zahlen zeigen das Verhältnis zu je 1000 Bollarbeitern an. Unter Hinweis auf das im vorigen Jahre veröffentlichte Jahressummarial ist auch für 1917 die Beteiligung der weiblichen Erwachsenen und der Jugendlichen unter 16 Jahren von Interesse. Auf die weiblichen Erwachsenen entfielen mit den Zweigvereinen 9296 und auf die Jugendlichen 8634 entschädigte Unfälle. — Die Gesamtsumme der Entschädigungsbeträge (Renten usw.) betrug 1917 M. 182 481 413. Davon sind die gewerblichen Berufsgenossenschaften mit M. 132 368 478 beteiligt. Die Verwaltungskosten aller Berufsgenossenschaften betragen in den vorbesagten Jahren M. 22 480 732, wovon für die Überwachung der Betriebe durch 446 technische Aufsichtsbearbeiter M. 1 827 121 verausgabt wurden. Von dieser Summe entfallen M. 1 769 784 für die Tätigkeit von 880 technischen Aufsichtsbearbeitern bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften.

Defektionskunst, wie er nicht wieder erreicht worden ist, wobei wir allerdings berücksichtigen müssen, daß in späterer und in unserer Zeit die Anwendung der Papete eine solche weitgehende Ausdehnung der Wandmalerei, praktisch wenigstens, wenn auch keinesfalls künstlerisch erzieht hat.

Die Wandmalerei der Alten war Fresko-Malerei, das heißt die Gemäde wurden auf noch nassem Mauerwerk, der als Stagnum-biene gemalt. Der noch frische (italienisch fresco) Mauerwerk hat seinen Namen gegeben. Fresko-Malerei heißt also so viel wie frische-Malerei. Schon die alten Ägypter und die anderen alten orientalischen Völker wußten die Fresko-Malerei zur Ausschmückung ihrer Wohnungen an, neuere Mittelungen des letzten wie jedoch erst über die letzten der alten Griechen und Römer. Die römischen Geschichtsschreiber Plinius und Petrus haben uns über die Technik der antiken Fresko-Malerei sehr eingehende Mitteilungen hinterlassen. Der Malerei ging die Arbeit des Maurers voraus, der den Mauerbau, den Grund, auf dem jene aufgetragen werden sollte, herzustellen half; eine Arbeit, auf die die größte Mühe und Sorgfalt verwendet wurde und für die es zahlreiche technische und Verfertigungsgeschichte gab. Der Grund mußte vor allem vollkommen glatt sein. Nach den genannten Schriftstellern wurde der Mauerwerk der Zeit hergestell, daß man auf die Wand zunächst drei Lager Sandmörtel auftrug, auf die dann noch zwei oder drei Lager Marmorarbeit, der aus gelassenen Marmor und Kalk bestand, folgten. Durch Glätten mit Kurbeln wurde eine vollkommen Ebenmäßigkeit des Mauerwerks erreicht. Die Ebene des Mauerwerks betrug 3 bis 4 Meter, was also meistens hier als der Mauerwerk für die heutige Fresko-Malerei, der zunächst nur 2 bis 4 cm stark gehalten wird. Die einzelnen Arbeitsteile und Künstler hatten fast alle ihre eigenen Rezepte, um einen möglichst guten, gleichmäßigen, glatten und besonders auch dauerhaften Mauerwerk zu erzielen, sowie auch, um den Farben der Malerei eine möglichst große Haltbarkeit zu verschaffen. Von dem Freskomaler Romanos, der den Tempel zu Elis mit Hilfe hermiten gewordenen Werkzeugen schmiedete, wird mitgeteilt, daß er

den Mörte, aus dem er seinen Grund herstellte, mit Weizen und Getreide gemischt habe; welchen Zweck das hatte, ist nicht angegeben, jedenfalls aber halte auch dieses Geheimverfahren den Zweck, eine möglichst große Festigkeit und Haltbarkeit des Stubes, wohl auch der Farben zu erlangen. Die Farben waren Wasserfarben und wurden mit dem Pinsel aufgetragen, so lange der Grund noch feucht war, ein Verfahren, bei dem sich die Farben mit dem Zeit fest und unauflöslich verbinden und so ihre Dauerhaftigkeit und Widerstandsfähigkeit, ebenso ihre unverwundliche Frische erlangen. Nur eine beschränkte Anzahl von Farben beziehungsweise Farbstoffen konnte für Fresko-Malerei verwendet werden, die Wasserfarben und Wasserfarben, deren ganzes Leben wie ein Buch offen vor ihnen liegt, ihr Vertrauen entgegen haben, um es anderen Männern, die sie noch gestern nicht kannten, deren Vorteben in den meisten Fällen sehr dunkel ist, ihr ganzes Vertrauen entgegenzugeben, nur weil diese schon klingende Worte sprachen. Man muß die Beschimpfungen

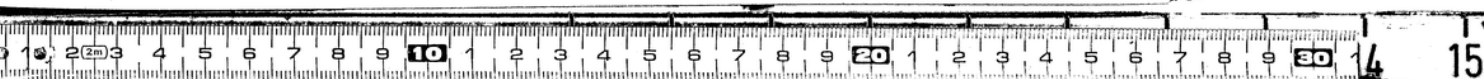
Die natürlichen Wurzeln des Kampfes.

Ein ewiges Werden ist die Welt. Vor Jahrmillionen war die Natur anders als vor Jahrhunderten, vor Jahrhunderten die Menschheit anders als jetzt. Ja, vor gar nicht langer Zeit hatte das Zusammenleben in unferm Wolfe noch ein anderes Aussehen als heute. Und diese Entwicklung geht auch fernerhin nicht still. Immer wieder wird die Welt ein anderes Gesicht haben. Weltleben heißt Entwicklung.

Darum heißt auch Menschensein: Entwicklungssein. Wer nur der Gegenwart lebt, der begreift. Wer nur den Augenblick kennt, der ist im Weltwachsen ein unnützes, oft ein hemmendes Glied.

Das Bewußtsein, die Erkenntnis, der Verstand sind die Wäuten der Entwicklung im Menschheitsleben, und ihre schönste Wäute ist das Gefühl, das in seiner höchsten Entwicklungsstufe im Sinne der wachsenden Einheit empfunden. Der Mensch hat diese Werte der natürlichen Werbung darum in den Dienst der natürlichen Entwicklung zu stellen, wenn er sein Will ein lebendiger, stolzer Mensch. Viele menschlichen Werte geben die Kraft, die Welt zu eingreifen in diese ewige Entwicklung, und darum heißt Mensch: bewußter Entwicklungsfaller sein.

Eine natürliche Aufgabe erfüllt der Mensch also dann, wenn er das Wissen, die Fähigkeit im Menschheitsleben teilt auf den Weg gerader Mitleidlichkeit. Das aber kann er nur dann, wenn er dem Leben zunächst einen festen Boden gibt, in dem die Menschheit wurzelt, auf dem sie sich entfalten kann: das wirtschaftliche Leben muss zunächst im Entwicklungsstadium, sozial gestaltet sein. Und da die Gewerkschaftsbewegung diese Idee verkörpert, so heißt Gewerkschaftler sein: im Sinne natürlicher Entwicklung leben. Gewerkschaftler sein heißt: natürlich leben, und das heißt sittlich sein. Dr. Gustav Hoffmann.



Die Beträge, die für die technische Überwachung der Betriebe zur Ausgabe gekommen sind, stehen in gar keinem Verhältnis zu den ungeheuren Summen für Heilgelder und Entschädigungen. Hier zeigen sich die gemeinsamen Interessen der Bevölkerungs-politik und des Arbeiterschutzes mit der Volkswirtschaft. Niedrige Ausgaben könnten durch eine wirksame Überwachung der Betriebe gespart und dadurch für andere Volkswirtschafts-zwecke bereitgestellt werden. Offenbar zeigt sich hier die ganze Mächtigkeit der jetzigen Unfallversicherung und besonders des berufsgenossenschaftlichen Verwaltungswesens. Was weit hierbei die Bauwerks-Berufsgenossenschaften be- züglich sind, ist aus den beigefügten Tabellen I, II und III zu ersehen. Einen beachtenswerten Beitrag zu der höchsten Frage bietet der Bericht des Reichsversicherungsamts für 1918, es heißt darin u. a.: „Von den 64 gewerblichen Berufs- genossenschaften, bei denen technische Aufsichtsbereame ange- stellt sind, haben im Jahre 1917 69 Jahresberichte erlassen. Sie weisen zusammen 27 144 Prüfungsstage nach; im einzelnen entfallen 17 757 Tage auf Betriebsbesichtigungen, 5248 auf Lohnbuchprüfungen und 4189 auf die Beaufsichtigung der Rentempfangen sowie auf andere Prüfungsgegenstände. Bei den Bauwerks-Berufsgenossenschaften und den Tiefbau- Berufsgenossenschaften sind ins-“

gesamt in den als überwachungsbedürftig nachgewiesenen Betrieben — das sind 31 930 in das Betriebsverzeichnis aufgenommenen Betrieben und 2738 angemeldete Eigenbau- betriebe, zusammen 34 668 Betriebe — 47 979 Besichtigungen ausgeführt worden. Bei den übrigen Berufs- genossenschaften sind von 584 082 als vor- handen nachgewiesenen Betrieben 44 903 be- sichtigt worden. Wie bei der Gewerbeinspektion so bei den Berufsgenossenschaften.
Es ist deshalb auch kein Trost für die so mangelhaft ge- schickte Arbeiterschaft, wenn in dem gleichen Bericht des Reichsversicherungsamts mitgeteilt wird, „daß die Seeberufs- genossenschaft von dem Rechte, Vertreter der Versicherten an den Verwaltungsgeschäften mitwirken zu lassen (§ 687 Abs. 4 der Reichsversicherungsordnung) Gebrauch gemacht hat. Sie hat durch einen Nachtrag zur Satzung bestimmt, daß die Ent- schädigungen gemäß §§ 1568, 1769 der Reichsversicherungs- ordnung in allen Fällen durch eine Kommission festgestellt werden, die aus dem Vorsitzenden des Genossenschaftsvorstandes oder seinem Stellvertreter, zwei Vertretern der Arbeitgeber und drei Vertretern der Arbeitnehmer besteht. Die letzteren werden jedes Jahr aus dem Vorstand der Gesell- schaft ange- hörigen Vertretern der Arbeitnehmer durch Los bestimmt.“

Bei Stimmengleichheit entscheidet der Genossenschaftsvor- stand, zu dem in diesem Falle die als Vertreter der Arbeit- nehmer gewählten 9 Vorstandmitglieder der Gesell- schaft hin- treten.“ Wieweit diese äußerst begrenzten Befugnisse die Arbeiter befriedigen und wie sich sonst die übrigen Berufs- genossenschaften hierzu stellen, ist eine andere Frage. Be- kanntlich hat der Genossenschaftstestag der Berufsgenossen- schaften im Oktober 1918 eine derartige Beteiligung der Arbeiter und die Anstellung von Arbeiterkontrollen- brückern abgelehnt.
Bemerkenswert ist ein auf Anregung des Reichsver- sicherungsamts gefasster Beschluß der Steinbrucharbeiter- genossenschaft, in dem ausgesprochen wird, daß es im Interesse der Berufsgenossenschaft liegt, in geeigneten Fällen Ver- sic- herte zur Betriebsüberwachung zuzu- ziehen. Bei der Verantwortlichkeit der Verhältnisse in den einzelnen Sektionen haben die Sektionsvorsände über das Bedürfnis zu beratigen Maßnahmen zu entscheiden. Die Ge- sellschaft und Stadt-Berufsgenossenschaften haben die unter Mit- wirkung des Reichsversicherungsamts festgestellten Normal- Unfallversicherungsbedingungen angenommen. Sie liegen jetzt den obersten Verwaltungsbehörden (Ministerien) nach § 885 der Reichsversicherungsordnung zur „Ausfertigung“ vor.

Tabelle I. Vollarbeiter, Betriebe und Unfälle bei den Bauwerks-Berufsgenossenschaften mit den Zweiganzstätten im Jahre 1917.

Rangfolge Nummer	Bauwerks-Berufsgenossenschaften	Satz der			Satz der Verletzten, für welche Unfallschäden ersetzt wurden		Satz der Verletzten, für welche im Laufe des Rechnungsjahres Unfallschäden ersetzt worden sind		Folgen der Verletzungen			1000 Vollarbeiter					
		Vollarbeiter	Betriebe	technischen Aufsichtsbereamen	Insgesamt	Vul 1000 Vollarbeiter	Insgesamt	Vul 1000 Vollarbeiter	Töd- liche	Dauernde Gewerbe-unfähigkeit	Sozialver- gütende Gewerbe-unfähigkeit	1000 Vollarbeiter					
												1917	1916	1917	1916	Zählfrequenzen	
																1917	1916
1	Hamburgische	29 142	12 379	10	1 217	41,76	40,79	294	7,69	7,08	86	5	51	182	1,24	0,76	
2	Norddeutsche	67 104	21 080	23	4 737	70,59	65,12	704	10,49	9,77	105	10	209	380	1,59	1,80	
3	Schlesisch-Posenische	33 752	8 585	7	2 411	71,43	55,20	420	12,50	10,76	61	1	94	284	1,81	1,28	
4	Hannoversche	23 694	15 787	9	1 397	48,18	42,42	284	9,79	8,88	41	—	66	177	1,41	0,93	
5	Magdeburgerische	19 934	9 043	4	1 340	67,27	71,14	196	9,83	11,42	19	2	4	171	1,05	1,40	
6	Sächsische	32 562	5 440	12	2 273	69,81	58,92	101	12,32	10,54	17	—	58	115	1,06	1,20	
7	Züringische	8 194	2 403	3	474	57,54	48,88	487	14,95	11,58	68	1	151	267	1,09	1,22	
8	Hessen-Nassauische	28 586	13 843	12	1 246	52,83	46,47	198	8,39	8,54	17	—	48	115	1,06	1,20	
9	Rheinisch-Westfälische	86 504	30 415	14	4 696	54,32	46,64	768	8,98	8,51	180	—	139	499	1,75	1,27	
10	Württembergische	10 453	2 555	1	627	59,98	62,70	151	14,45	17,40	10	—	60	81	0,96	1,46	
11	Bayerische	28 041	14 210	17	2 826	100,78	104,08	417	14,87	15,69	45	3	126	243	1,60	1,17	
12	Süddeutsche	28 035	3 521	12	965	43,79	45,79	178	8,08	8,08	24	3	37	114	1,09	1,09	
13	Tiefbau-Berufsgenossenschaft	150 987	20 552	11	12 153	80,42	86,04	1793	11,58	12,83	265	19	603	906	1,76	1,62	
Zusammen...		540 388	156 816	135	36 382	67,30	64,09	5921	10,96	10,77	846	45	1638	3392	1,60	1,32	
Staatliche Bauverwaltungen, Ausführungsbereamen der Gemeindever- bände und Gemeinden		55 603	—	—	1 081	49,14	44,29	170	7,73	6,54	21	1	35	113	0,95	0,88	
Insgesamt...		617 990	—	—	39 993	35,07	30,24	293	5,27	4,25	38	4	85	171	0,69	0,50	

Tabelle II. Kosten für Unfallverhütung und Verwaltung, Löhne und Entschädigungsbeträge bei den Bauwerks-Berufsgenossenschaften mit den Zweiganzstätten im Jahre 1917.

Rangfolge Nummer	Bauwerks-Berufsgenossenschaften	Kosten für die Unfallverhütung				Vul 1000 Vollarbeiter	Allgemeine Verwaltungskosten		Zusätzlich verbiente Löhne	Summe der Entschädigungs- beträge (Unfallentschädigung)	
		für den Erlos von Unfall- verhütungs- vorrichtungen	für die Überwachung der Betriebe	Vul 1000 Vollarbeiter	Kosten für die Überwachung der Betriebe		allgemein	sonstige		Kosten	Zusätzlich verbiente Löhne
1	Hamburgische	—	—	51 876	25	1762	62	209 146	98	48 639 624	1 004 570 05
2	Norddeutsche	24	—	71 239	87	1059	99	696 964	63	155 098 676	2 988 841 24
3	Schlesisch-Posenische	—	—	24 398	59	718	18	180 171	84	55 436 737	1 200 990 93
4	Hannoversche	60 87	—	24 341	80	1421	39	242 215	82	47 294 010	1 202 957 06
5	Magdeburgerische	53	60	51 060	07	1568	09	165 973	01	38 330 078	676 023 55
6	Sächsische	—	—	11 325	45	1382	16	65 144	93	1 522 168 47	416 400 87
7	Züringische	11	50	41 609	78	1764	17	154 576	39	29 601 084	912 287 15
8	Hessen-Nassauische	—	—	62 52	40	625	96	370 571	18	159 836 703	2 690 404 34
9	Rheinisch-Westfälische	6	10	6 844	57	654	79	78 972	60	18 355 391	550 252 85
10	Württembergische	57	78	65 588	38	2338	68	417 280	72	47 268 604	1 687 832 16
11	Bayerische	104	20	50 379	41	2286	34	134 901	16	23 329 477	941 863 69
12	Süddeutsche	801	75	95 830	37	634	69	668 774	24	279 548 189	4 279 314 26
Zusammen...		1119	30	588 459	68	—	—	3 597 240	87	176 063 232	20 072 896 62
Im Jahre 1916 insgesamt...		2004	88	568 554	27	—	—	3 474 932	85	769 589 539	20 912 923 85

Entschädigte Unfälle bei den Bauwerks-Berufsgenossenschaften mit den Zweiganzstätten im Jahre 1917.

Rangfolge Nummer	Bauwerks-Berufsgenossenschaften	Betriebsanrichtungen und Vorgänge, bei welchen sich die Unfälle ereigneten.														
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1	Hamburgische	36	4	—	1	4	62	51	21	—	—	—	—	—	—	—
2	Norddeutsche	79	17	—	3	81	121	218	104	33	—	—	—	—	—	—
3	Schlesisch-Posenische	47	19	—	2	8	92	70	78	23	—	—	—	—	—	—
4	Hannoversche	48	13	—	4	81	40	34	7	37	—	—	—	—	—	—
5	Magdeburgerische	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6	Sächsische	40	16	—	7	2	37	89	4	5	—	—	—	—	—	—
7	Züringische	31	1	—	—	19	113	101	85	25	—	—	—	—	—	—
8	Hessen-Nassauische	30	6	—	—	1	18	24	10	7	—	—	—	—	—	—
9	Rheinisch-Westfälische	55	17	—	—	5	95	72	28	6	—	—	—	—	—	—
10	Württembergische	20	8	—	—	1	18	22	19	5	—	—	—	—	—	—
11	Bayerische	35	16	—	—	1	2	23	52	19	—	—	—	—	—	—
12	Süddeutsche	9	12	—	—	16	115	68	45	18	—	—	—	—	—	—
13	Tiefbau-Berufsgen.	75	50	4	25	6	66	35	14	11	—	—	—	—	—	—
Zusammen...		522	178	14	70	144	1804	1381	682	260	669	85	39	185	21	467
Im Jahre 1916		522	176	14	41	138	1806	1431	720	285	605	24	34	218	36	467

Die Fälle, in denen die Berufsgenossenschaften bereits innerhalb der ersten 13 Wochen nach dem Unfall das Ge-
verfahren übernommen haben, sind fast allgemein im Laufe
des Krieges zurückgegangen. Dies erklärte sich zum Teil aus
dem Mangel an ärztlichen Sachverständigen und Heilanstalten
sowie an Arbeitskräften bei den Berufsgenossenschaften. Das
Reichsversicherungsamt hat darauf hingewiesen, daß das Interesse
der Versicherungsträger an der Übernahme der Heilbehandlung
stärker zur Geltung kommen muß — bei der Invaliden-
- und Hinterbliebenenversicherung sind bis Ende 1918 4 518 172 Renten festgesetzt worden. Davon
entfallen auf die 31 Berufsgruppen 4 236 298, und
zum 2 624 808 Invalidenrenten, 376 386 Krankenrenten,
736 896 Altersrenten, 70 729 Witwen- und Witwenrenten,
4256 Rentenrenten und 241 Zusatzrenten. Auf die
10 Sonderrenten entfallen 281 934, nämlich 168 607 Invaliden-
renten, 25 476 Krankenrenten, 27 733 Altersrenten,
9985 Witwen- und Witwenrenten, 275 Rentenrenten,
50 451 Zusatzrenten und 7 Zusatzrenten. Davon liefen am
31. Dezember 1918 noch 1 800 407 Renten. — Die Leistungen
aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung betrugen im
Jahre 1917 M. 317 509 938. Insgesamt sind seit 1891 an
Entschädigungen M. 3 794 160 388 gezahlt. Für die Heilbehand-
lung sind 1918 16 beträchtliche Summen ausgegeben. Insgesamt
sind 98 741 Versicherte (1918: 95 760) mit einem Kostenaufwand
von M. 22 339 994 (1918: M. 20 846 108) behandelt worden.
Dabei kommen auf die ständige Heilbehandlung 25 660 (1918:
28 149) Tagen- und Heilkosten mit M. 13 708 436
(1918: M. 12 615 446), 205 Zusatzkosten mit M. 81 712, 183 an
Knochen- oder Gelenkverluste mit M. 78 933 und
18 213 (1918: 21 875) andere Kranke mit M. 5 317 629 (1918:
M. 5 817 506). Nichtstündig sind 54 044 Personen behandelt wor-
den, darunter 58 488 (1918: 42 352) wegen Zahnkrankheiten (Zahn-
erhalt). Seit dem Jahre 1897, also in einem Zeitraum von
21 Jahren, sind im ganzen 1 559 100 Versicherte, darunter
602 747 wegen Tagen- und Heilkosten, mit einem
Gesamtaufwande von rund 3 611 Millionen Mark in
Heilbehandlung genommen. — Nach Abschluß
der Behandlung im Jahre 1917 wurde ein Heilerfolg im
Sinne des § 1255 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung
(betrifft Arbeitsunfähigkeit) erzielt bei sicher nachgewiesener
Tagen- oder Heilkostenverluster in 85 v. H., bei Verdacht
der Augenunfähigkeit in 94 v. H., bei Lupus (Hautver-
luster) in 87 v. H., bei Knochen- oder Gelenkverlusten in
60 v. H. und bei anderen Krankheiten in 90 v. H. der be-
handelten Fälle.

Der Kampf gegen die Geschlechtskrank-
heiten wird planmäßig weitergeführt. Die
Zahl der Beratungen ist bis Ende 1918 auf 118 an-
gewachsen. Besonders erfreulich ist, daß von den 19 140
Beratungen erkrankter Personen im Jahre 1917 6388 von
Versicherten selbst herriehren. — In nächsten Frühjahr
sollen in vielen Orten des Reiches kurzfristige Kurse in der
Frühdiagnose und Frühbehandlung übertragbarer Geschlechts-
krankheiten stattfinden, um insbesondere auch die praktischen
Vorteile zu einer zielbewußten Mitwirkung bei der Bekämpfung
dieser Volkspeste zu befähigen. In den Ausgaben der Landes-
versicherungsanstalten für gemeinnützige Zwecke, wie für
Krankens-, Sprech- und Sprechstunden, Heilanstalten,
Förderung öffentlicher Gesundheitspflege usw. sind insgesamt
bis Ende 1918 M. 1 511 599 536 aufgewendet worden. Dar-
unter befinden sich auch M. 550 198 181 zum Bau von
Arbeiterfamilienwohnhäusern und M. 28 226 837
zum Bau von Ledigenheimen (Sohnen, Herbergen,
Wesellenshäusern usw. „Die Welt urteilt nach dem Erfolg.“
(Saub.) Um die Folgen des menschenvernichtenden Krieges
abzuschwächen und aufzuhalten, wird eine großartige Aus-
gestaltung unserer Sozial- und Gesundheitspflege unter
einstufiger Mitwirkung der gesamten Arbeiterschaft dringend
erforderlich sein. G. Heine.

Arbeitsmarkt.

In Stendal werden Maurer gesucht.

Berichte.

Augsburg. Eine überaus günstige Entwicklung hat
unter Verein genommen. Wir begannen das Jahr 1919
mit 1125 Mitgliedern und erreichten bis zum Schluß des
zweiten Quartals 3460. Es ist dies eine Mitgliederzahl,
die wir uns nie zu träumen gedacht hätten. Man mag
bedenken, daß wir im Jahre 1917, einem Jahre der
Wirtschaftsunruhe, es nur für kurze Zeit auf 2500 Mitglieder
brachten. Bei Kriegseingang hatten wir 1850 Mitglieder.
Mittels konnten wir in diesen Kriegsjahren, wo es
uns trotz aller Mühe vor dem Krieg nicht möglich war, —
Entsprechend dem Mitgliederzuwachs konnten auch auf dem
Gebiete der Lohnbewegungen gute Erfolge erzielt werden.
Bis jetzt sind im Vereinsgebiet 15 Beträge für 14 Lohn-
gebiete abgeschlossen worden. In Stendal kam es noch nicht
zum Vertragsabschluß, weil die Unternehmer unser Ver-
tragstentwurf nicht unterzeichnen und wir den letzten
nicht. Die Herren wollen nach alter Gewohnheit das Wort
„vollwertigen Arbeiter“ haben und uns die be-
kannte Agitationsliste aufstellen. Für 2 Entwässerungs-
genossenschaften hat der Schlichtungsausschuß den Lohn
festgesetzt, und für Triefheim wurde der Mindestlohn
fest vereinbart. 2 Bewegungen sind außerdem in Gang.

Daraus können unsere Kollegen erkennen, daß wir nicht ge-
schlossen haben. Feststellen wollen wir ausdrücklich, daß
die Kollegen tüchtig mitgeholfen haben und daß man sich
nicht um politische Hauptpatronen getrieben hat, sondern
es wurde allerorts für den Verband gearbeitet. Wir
wünschen, daß es auch fernerhin so bleiben möge.

Gesell. Ein halbes Jahr organisatorischer Tätig-
keit der Reichsvereins unserer Verbände liegt hinter
uns. Recht aufreißend war diese Tätigkeit. Es ist uns vor
allem gelungen, den Gedanken der Organisation in Gebiete zu
tragen, in denen es uns vorher noch nicht möglich war,
festen Fuß zu fassen. Die Revolution hat auch die Köpfe
der in diesen Gebieten wohnenden Kollegen revolutioniert,
und sie haben jetzt den dringenden Wunsch, auch in ihren
Gebieten die Höhe zu regeln. So ist es uns gelungen,
in den ländlichen Gebieten um Gensungen, Babern, Wörlzen
und Zimmerzoo Zahlstellen zu errichten und auch die
Höhe festzusetzen. In diesen Gebieten sind wir
noch nicht genügend bekannt. Die Höhe errichten können
unsere Mitglieder erst im Jahre 1920 festlegen. Sie können
höher sein, wenn die Arbeitsverhältnisse besser wären; aber
dies ist sehr fraglich. Vor allem kommt Erwerbs- als
Wohlfahrt in Betracht. Zur Errichtung von Zahlstellen
sind noch nicht genügend Bauherren vorhanden. Vor allem
mangelt es an Steinen und Zement, so daß schon in
Arbeit befindliche Kollegen wieder entlassen werden müssen.
— Das Lohngebiet Gellert ist durch den Bezirksvertrag ge-
regelt. Der Lohn beträgt hier M. 2,20 für Maurer und
M. 2,10 für Hilfsarbeiter. In den ländlichen Gebieten
wurden folgende Höhen vereinbart: In Borsdorf für
Maurer M. 1,40 für Hilfsarbeiter M. 1,20; in Zimmerzoo
für Maurer M. 1,40, für Hilfsarbeiter M. 1,20; in Wil-
dungen für Maurer M. 1,40, für Hilfsarbeiter M. 1,20; in
Gensungen für Maurer M. 1,40, für Hilfsarbeiter
M. 1,20; in Wörlzen für Maurer M. 1,20 für Hilfs-
arbeiter M. 1,00; an der Oberaltperre für Maurer M. 1,20,
für Hilfsarbeiter M. 1,00; in Rixdorf für Maurer
M. 1,20, für Hilfsarbeiter M. 1,00; in Wörlzen für
Maurer M. 1,20, für Hilfsarbeiter M. 1,00; in Immen-
hausen für Maurer M. 2 für Hilfsarbeiter M. 1,90; in
Sand für Maurer M. 1,50, für Hilfsarbeiter M. 1,40.
Außerdem sind noch in verschiedenen Spezialbetrieben, wie
Ziegeln, Steinbrüche, Sandgruben usw., in denen unsere
Kollegen beschäftigt sind, die Höhe zur Zufriedenheit der
Kollegen geregelt worden. Die Bestimmungen über die
Wohlfahrt sind in Genuß zu versetzen. In den
ländlichen Gebieten bleibt allerdings noch viel zu wünschen
übrig. Die Kollegen sind dort noch recht unglücklich, ihres
neuen Rechtes sich nicht recht bewußt. Doch auch dies
wird sich bessern. Die Kollegen werden sich des Rechtes,
das ihnen gegeben ist, immer mehr bewußt werden und
werden die Rechte für sich in Anspruch nehmen. Zahl-
stellen wurden neu gegründet in Gensungen, Babern,
Wörlzen, Zimmerzoo, Bad Wilsungen, Arnst, Gemfurt,
Wormsleben und Fritzbach. In Gensungen und in Spangen-
berg waren unsere Bemühungen bis jetzt vergeblich. Unsere
Arbeitskräfte sind in Genuß zu versetzen und
funktionieren in allgemeiner Weise. Weiter geht und
ein großer Teil aller Kollegen durch Beschäftigung in
anderen Betrieben, durch Umwidmen und durch Uebertritte
verloren. Hoffen wir, daß durch Beschaffung von Bau-
stoffen sich auch das Baugewerbe wieder voll entwickeln
kann, dann alle unsere Kollegen wieder Arbeit im Bau-
gewerbe finden.

Coblenz. Am 27. Juli hielt unter Verein keine
Quartalsgeneralversammlung ab, die sehr
günstig, besonders von den auswärtigen Kollegen, besucht
war. Den Geschäftsbericht zum zweiten Vierteljahr er-
staltete Kollege Struth. Aus dem Bericht geht hervor, daß
die unter Verein bestehende Bauwirtschaft sehr gut ent-
wickelt ist. Der Mitgliederbestand der am Schluß des
Jahres 1918 nur 697 war, liegt bis Ende März 1919 auf
1950 und betrug am 30. Juni 2447. Einen gleich großen
Mitgliederbestand hat unser Verein selbst in Zeiten der
Wirtschaftsunruhe vorher nie erreicht. Zur Steigerung dieses
Mitgliederbestandes hat besonders beigetragen, daß unser
Verein gegenwärtig überall auf dem Lande festen Fuß ge-
faßt hat. In Orten, wo wir vor dem Kriege nur wenige
oder gar keine Mitglieder hatten, sind jetzt Zahlstellen von
50 bis 100 und noch mehr Mitgliedern vorhanden. Durch
unseren rege Mitarbeit, die besonders von unserem Ver-
trauensmann und Bauverwalter geleitet wurde, sind im
einzelnen Vierteljahre nicht weniger als 1387 Bauarbeiter neu
angeworben und 204 von andern, hauptsächlich von den
christlichen Organisationen übergeben worden. Kollege
Struth dankte deshalb im Namen des Vereinsvorstandes
allen Funktionären für ihre aufopfernde Tätigkeit und bat
sie, auch fernerhin in der Wachsamkeit nicht zu erlahmen;
dann nur große, einheitlich geführte Organisationen, wie
der Deutsche Bauarbeiterverband, seien imstande, den
Unternehmern das abzurufen, was sie im guten niemals
bewilligen. Wie bitter notwendig die einheitliche Organi-
sation sei, bewiesen unsere Kämpfe um die Durchführung
des Reichslohens in der Reichsarbeiterschaft nicht zu erlahmen;
denn nur große, einheitlich geführte Organisationen, wie
der Deutsche Bauarbeiterverband, seien imstande, den
Unternehmern das abzurufen, was sie im guten niemals
bewilligen. Wie bitter notwendig die einheitliche Organi-
sation sei, bewiesen unsere Kämpfe um die Durchführung
des Reichslohens in der Reichsarbeiterschaft nicht zu erlahmen;
denn nur große, einheitlich geführte Organisationen, wie
der Deutsche Bauarbeiterverband, seien imstande, den
Unternehmern das abzurufen, was sie im guten niemals
bewilligen.

Hilfsarbeiter von M. 1,40 zugestanden. In beiden Fällen
sind unsere Kollegen mit dieser Lohnfrage nicht ein-
verstanden; die Vereinseitigung hat neue Forderungen
einreichen und den Schlichtungsausschuß wieder anzurufen
müssen. Leider ist es bis jetzt noch immer nicht möglich
gewesen, die richtigen Beträge für das Baugewerbe
zum Abschluß zu bringen, weil über einige Punkte noch
immer keine Einigung erzielt werden konnte. Nur die
Lohnfrage ist zum Teil geregelt und der Vertrag für das
Baugewerbe ist abgeschlossen. Es sind hier die gleichen
Höhe wie für das Baugewerbe vereinbart worden.
Den Hauptbericht erstattete Kollege Wörlzen. Mit dem
am Schluß des vorigen Quartals beschlossenen Quartals-
bericht von M. 5531,06 betrug im Berichtsjahr die
Gesamteinahmen M. 39 863,01. Die Ausgaben für die
Quartalsarbeiten liefen auf M. 6380,45, für die Quartals-
arbeiten auf M. 16 326,85 wurden vor an die Quartals-
arbeiten. Der Quartalsbericht betrug am Schluß des
zweiten Vierteljahres M. 10 373,20. Auf Antrag des Vor-
sitzenden wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung
erteilt. Dann wurde auf Anregung des Vereinsvorsitzenden
beschlossen, zu den bisherigen zwei Angestellten einen dritten
Schlichter anzustellen. Der Lohn soll mit Zustim-
mung des Vereinsvorstandes ausgeschrieben und der tüch-
tigste Bewerber sofort angestellt werden. Ferner wurde be-
schlossen, die Beiträge vom 1. Januar 1920 an in allen Ver-
tragsgruppen um 20 v. H. die Woche zu erhöhen, und zwar um
je 10 v. H. für die Haupt- und Kolossalsteine. Von dem erhöhten
Beitragbeitrag sollen die Hilfsarbeiter 5 v. H. erhalten,
in der Höhe vom 1. Januar 1920 an die Entschädigung der Hilfs-
arbeiter für jede verkaufte Beitragsmarke anstatt 7
12 v. H. beträgt.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

Feststellungsergebnis vom 28. Juli.

Diesmal meldeten sich unter 372 941 Mitgliedern 6410
oder vom Hundert 1,72 arbeitslos, gegenüber 6292 oder
vom Hundert 1,70 am vorigen Jahltage. Die Arbeitslosen-
zahl ist demnach etwas gestiegen, und zwar sind davon haupt-
sächlich die Bezirke mit der bisher größten Arbeitslosigkeit
betroffen. So liegt das Verhältnis der Arbeitslosen zum
Mitgliederbestand im Bezirk Hamburg von 5,3 auf 5,4, in
Berlin von 3,7 auf 4,0, in Frankfurt von 3,4 auf 3,8, in
München von 2,9 auf 3,2. In den übrigen Bezirken war die
Zahl von 2,9 auf 2,7, ebenso im Dezember von 1,8 auf 1,7,
im Oktober von 1,7 auf 1,6. In den übrigen Bezirken blieb
die Arbeitslosigkeit erheblich unter dem allgemeinen Durch-
schnitt. — Die Zahl der untersten Arbeitslosen hat sich
weder etwas verringert. Sie betrug 2377 gegenüber 2297
in der Vorwoche. Von Beschäftigten zum Mitgliederbestand
verringerte sich von 0,65 auf 0,64.

Table with columns: Bezirk, Gesamtzahl, Zahl der Arbeitslosen, etc. Lists various regions like Königsberg, Bromberg, etc. with their respective statistics.

Um die Polizei und Schlichter.

Ein gelber Schlichterverband?

In Nr. 21 des „Grundstein“ haben wir zu Einberu-
ngen der Kollegen Peters und Fröhlich in Geln bemerkt,
daß der Verbandsvorstand die Gründung besonderer
Polizei- und Schlichterorganisationen in unserem Verband
nicht für angänglich halte. Und zwar deshalb nicht, weil
wir mit dem Polierbund — der ja seit seinem Ansätze
an die Generalcommission als freie Gewerkschaft zu
betrachten und deshalb die zuständige Organisation
für die Polizei ist — in einem Kartellverhältnis stehen.
Dieser Standpunkt des Verbandsvorstandes hat in den
Kreisen der bei uns organisierten Polizei und Schlichter
meistens Widerspruch gefunden. Kollege Peters vertritt
in einem Schreiben, das wir schon vor 2 Monaten er-
halten haben, die Meinung, daß der Bauarbeiterverband
die zuständige Organisation für die Polizei und Schlichter
meister sei. „Ich bin der Meinung“, schreibt er, „daß der
Verbandsvorstand die Heranziehung der Polizei und
Schlichtermeister zum Bauarbeiterverband betreiben und
eine rege Agitation dafür entwickeln muß. Wir sind uns
doch alle einig darüber, daß der Polizei oder Schlichter
ohne Zweifel zu den Bauarbeitern gehört und daß insolge-
dessen auch im Bauarbeiterverband sein Platz ist. Ich
teile die Ansicht des Verbandsvorstandes nicht, daß der

Polier nur der erste Geselle am Bau ist. Dies kann früher der Fall gewesen sein, aber heute werden an den Polier allehand Anforderungen gestellt; er muß technischer und praktischer Beschäftigung haben, darum müssen wir ihn auch eine Sonderstellung als Sektion im Verband einräumen. Wenn dies überall geschehen ist, werden auch die Kollegen, die jetzt im Polierbund sind, ihre Aufmerksamkeit auf den Bauarbeiterverband richten und auf den Anschluß an den Verband hinarbeiten."

Kollege Peters führt dann weiter aus, daß es auch im Polierbund viele Kollegen gebe, die es gern sähen, wenn alle Poliere im Bauarbeiterverband wären. In Göttingen wenigstens sei dies der Fall. Wenn der Verbandsvorstand etwas annehme, daß die Agitation für die Verschmelzung vom Polierbund ausgehen werde, so erteile er sich. Die Führer des Polierbundes hätten den Geist der alten Schule, aber die Mitglieder hätten den Geist der neuen Zeit erkannt. Dem Verbandsvorstand schickte Kollege Peters vor, er möge allen Vereinen, die die nötige Zahl von Polieren und Schachtmeistern haben, die Gründung von Poliersektionen empfehlen und dann eine Delegiertenkonferenz der Poliere und Schachtmeister in die Wege leiten. Wichtigste Aufgabe möge er sich mit dem Vorstand des Polierbundes wegen der Verschmelzung in Verbindung setzen. Wenn dann unsere Kollegen auch noch allgemein von der Meinung abgingen, daß man den in unserer Verband organisierten Polieren alles bieten dürfe, werde es nicht lange dauern, bis alle Poliere und Schachtmeister Deutschlands in Sektionen dem Deutschen Bauarbeiterverband angegeschlossen seien.

Ein weiteres Schreiben erhielten wir vom Kollegen Friedrich Dierm aus Gallern i. W. der berichtet:

Am 20. Juli tagte eine Bezirkskonferenz der Schachtmeister und Vorarbeiter des Industriebezirks Westfalen. Sie war besetzt aus Essen, Duisburg, Solingen, Gelsenkirchen, Dortmund, Werne, Sogen, Hamm, Datteln, Haltern, Herbest-Dorsten und vielen andern Orten. Es wurde einstimmig der Deutsche Bauarbeiterverband beauftragt, sofort mit dem Untereinnehmerverband in Verbindung zu treten zwecks Verhandlung über die Lohn- und Urlaubfragen sowie die Arbeiterbeschäftigung. Beschlüsse wurden erstens, nur noch auf festen Lohn (Wochen- oder Monatslohn) zu verhandeln; zweitens einen alljährlichen Urlaub für alle nachweisbaren Schachtmeister unter Berücksichtigung des Lohnes zu fordern; drittens wird verlangt, daß von keinem Schachtmeister oder Vorarbeiter bei der Einstellung verlangt werden darf, daß er Arbeiter mitbringen muß (wohl k a n n), da dieses ein schwerer Arbeitsnachweis unseres Berufes ist und wir mit allen Mitteln darauf drängen müssen, daß diese Arbeiterbesuche von keinem Kollegen mehr verlangt werden dürfen.

Zum Punkt Delegation und Agitation hielt Kollege Schachtmeister Dierm einen kurzen Vortrag, worin er auch abredete mit dem sogenannten Deutschen Schachtmeisterbund (Sitz Essen), der im Mai dieses Jahres von einigen Gewerbetreibenden gegründet wurde. Das Statut dieses Vereins paßt sehr gut für eine Harmonisierungsbewegung, aber nicht für eine Berufsorganisation der Schachtmeister und Vorarbeiter. Nach diesem Statut können Vorarbeiter, also angehende Schachtmeister, nicht Mitglied des Schachtmeisterbundes werden, weil es sich nicht mit der Standesehre dieser Herren verträglich, neben einem Vorarbeiter zu stehen. Ihr Vorarbeiter, merkt es Euch und hinein in den Deutschen Bauarbeiterverband! Dort seid ihr vollwertige Mitglieder und Kameraden, denn man hat den Standesbühnen der Herren von Essen nicht. Auch an das letzte und kräftigste Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes denken die „Berufsinteressenvertreter“ von Essen nicht; denn eine Streik- und Genossenschaftsorganisation sucht man vergebens in ihrem „Muttershaus". Allen Anschein nach handelt es sich bei dieser Verbindung um eine jener gelben Sumpfpflanzen, die unter Willkürlichen Zeiten so gut gedeihen sind. Nur so kann man die Bemerkung in einem Brief verstehen, der Arbeitgeberverband hätte erklärt, niemals mit dem Deutschen Bauarbeiterverband über die Lohn- und Arbeitsbeschäftigung der Schachtmeister zu verhandeln, sondern nur mit dem Essener Verein. Hier ist wohl der Wunsch der Vater des Gedankens; wir werden aber schon dafür sorgen, daß es ein Wunsch bleibt.

Kameraden in allen deutschen Gauen! Heran zur Agitation für unsere Berufsorganisation! Nur in dem mächtigen Deutschen Bauarbeiterverband sind wir geborgen und können allen Stürmen und Schlägen zum Trotz bestehen."

Kollege Dierm empfiehlt dann die Abhaltung von Bezirkskonferenzen und eine Delegiertenkonferenz. Auch er spricht sich für die Gründung einer Sektion der Schachtmeister, Poliere und Vorarbeiter aus. Das müsse die Antwort auf die Gründung des Essener Bundes sein. — Wir können zu diesem Schreiben nur nochmals erklären, daß auch wir die Zusammenfassung aller Poliere, Schachtmeister und Vorarbeiter in einer Organisation für sehr wünschenswert halten. Wir sind auch überzeugt, daß diese Berufsorganisation im Deutschen Bauarbeiterverband ebenso organisiert sein könnten, wie es die Metzler und Korretoren im Buchdruckerverband sind. Aber einseitigen scheint uns dieses Ziel schon deshalb nicht erreichbar zu sein, weil die dem Zimmererverband und dem christlichen Bauarbeiterverband angehörenden Poliere und Vorarbeiter für eine einheitliche Organisation wohl kaum zu gewinnen sind. Im Polierbund sind unseres Wissens allerdings Verschmelzungsbestrebungen vorhanden; ob sie aber so stark sind, daß in absehbarer Zeit auf eine Verschmelzung der Verschmelzung zu hoffen ist, wissen wir nicht. Solange aber der Polierbund als freie Gewerkschaft besteht und mit uns einen Kartellvertrag hat, kann kein sein.

Zentrale Verhandlungen.

Wie wir schon in der letzten Nummer des „Grundstein“ als wahrscheinlich mitgeteilt haben, finden die zentralen Verhandlungen wegen einer neuen Steuererhöhung am 12. August im Reichstag des Innern statt. Ueber das Ergebnis werden unsere Kollegen wohlwillingig schon durch die Tagespresse unterrichtet sein, wenn unser Blatt in ihre Hände kommt.

Die Vereinsfreiheit im besetzten Gebiet.

Der Vorstand des Verbandes der Krankenpfleger und -pflegerinnen Deutschlands gibt im Organ seines Verbandes bekannt: „Der Vorbehalt einer unserer Ortsgruppen, die im besetzten linksrheinischen Gebiete liegen, ist wegen der Abhaltung einer Vorstandssitzung von der Verbandsgeschäftsstelle empfindlich bestraft worden. Die von ihm zu zahlende Summe beträgt M 2400. Beamteten waren 3 Monate Gefängnis und M 10000 Geldstrafe.“ Um den betroffenen Funktionäre vor Schaden zu bewahren und den Verbandsgeschäftsstelle zu zeigen, was deutsche Kollegialität im besetzten Gebiet heißt, schreibt der Vorstand des genannten Verbandes einen Bescheid von M 1 aus. — Bekanntlich sollte die erste deutsche Volkspartei die „Freiheit“ bringen. So sieht sie aus!

Schutz der Auslandsdeutschen.

Wir werden um Verwirklichung folgender Aufschreibung gebeten, die vielschichtig unsere Kollegen in den Grenzgebieten interessieren wird: „Unter dem Einfluß der Friedensbedingungen von Versailles hat sich ein Deutscher Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen gebildet. Seine Mithilfe auf Partei-, Religions- und Massenunterstützung soll er die Vereine und Körperschaften der besetzten Grenzgebiete und der Auslandsdeutschen der ganzen Welt umfassen, vor allem auch die Verbände der Lehrerzweige und dieigenen Zeitschriften, die als Träger fremder Staaten in den besetzten Ländern anständig sind. Einzelpersonen nimmt er als Mitglieder nicht auf, weist ihnen aber die für sie in Betracht kommenden Vereine nach. Der Deutsche Schutzbund tritt für das Recht unbefugter Selbstbestimmung und für internationale Minderheitsrechte ein, die die Freiheit in Dingen des Glaubens, der Sprache und Schule sichern und eine, den jeweiligen Verhältnissen entsprechende Selbstverwaltung gewährleisten. Er will die bisher gesplitterten Einzelbestrebungen zusammenfassen, dadurch Kräfte und Mittel sparen, um die einzelnen Körperschaften zu deren Erreichung die Kraft der kommenden Körperschaften nicht ausreicht. Alle in Frage kommenden Körperschaften und Vereine werden gebeten, sich mit dem Deutschen Schutzbund (Geschäftsstelle: Charlottenburg, Rajamontstraße 13, 2. Et.) in Verbindung zu setzen.“

Die arbeitergebundene Agitation unter den Arbeitern an der Saaleregulierung in Jena.

In Jena bürgerlich-kämpferische Agitation nimmt die Organisation ebenfalls wieder vermehrt, wenn die Kämpfe beendet sind. Viele Kollegen sind der Meinung, ihrer Pflicht genügt zu haben, wenn sie bei Lohnverhandlungen und Streiks der Organisation angehören. Sie stellen die gewonnenen Vorteile schmunzelnd ein und glauben, der Pflicht entzogen zu sein, der Organisation aus dauernd bemerken sie gar nicht, daß die gewonnenen Vorteile dauernd nur erhalten werden können, wenn eine gute politische Organisation imstande ist, allen Ansetzungen des Unternehmers entgegenzutreten. Wer aus der Organisation ausscheidet, schließt also sich selbst und stürzt das Unternehmertum im Kampfe des Arbeiter.

Als am 17. April 1919 die Arbeiter- und Arbeiterorganisationen im Gewerbe über einen neuen Tarifvertrag verhandelt, wurde eine Einigung dahin erzielt, daß der Stundenlohn für Maurer von M 1,48 auf M 1,63 erhöht wurde. Da die Arbeiter an der Saaleregulierung als Rosslandarbeiten betrachtet wurden, in dem alle Arbeitslosen, gleich welchen Beruf sie hatten, der Saaleregulierung fanden, wünschten die Arbeiter anfallen. Da diese nicht wirklich Bauarbeit ist, hat unser Lohnverhöher von M 2,3 die Stunde aus den Arbeitern an der Saaleregulierung auszuweisen. Dies ist auch geschehen. Nach dieser Zeit wurden fortgesetzt langatmig, anderen abgesehen, unsere wieder gewährt und von Sparta-Kommissionen sollen diejenigen getrennt Bauarbeiter, denen durch den öffentlichen Arbeitsnachweis in ihrem Berufsarbeit nachgewiesen wurde, von der Saaleregulierung benommen werden. Dieser Aufforderung trugen die meisten Arbeiter nie Rechnung. Mit den Klagen des Arbeitsnachweises beschloß sich der Magistrat in einer Gemeindeversammlung am 24. April 1919 und faßte folgenden Beschlus:

„Diejenigen getrennten Arbeiter bei der Saaleregulierung, die in ihrem Gewerbe durch den Arbeitsnachweis Arbeit zugewiesen erhalten, sollen den Lohn der Rosslandarbeiter nur bis zu dem Zeitpunkt bekommen, als ihnen Arbeit in ihrem Gewerbe zugewiesen worden ist.“

Verläßt ein solcher Arbeiter die Arbeit trotz seiner Entlassung nicht, so soll ihm der Lohn nicht weitergezahlt werden. Bei der Aufhebung dieses Beschlusses soll der Lohnregelungsausschuß des Arbeitern die Angelegenheit prüfen, auch nach der Richtung hin, ob die neuere Wahl des Arbeiternauschusses ordnungsgemäß ausgearbeitet ist. Die Frage des Arbeitsvertrages soll durch Amt III geprüft werden. D. S. u. S. S. Lehmann.

Beschied ist dieser Beschlus so gut wie nicht. Daran mußten naturgemäß fortgesetzte Demonstrationen und Störungen eintreten. Am 21. Mai 1919 wurde von dem

ausführenden Unternehmer, Herrn Grescher, an unsern Verband ein längeres Schreiben gerichtet, worin es heißt:

„Die Bestimmung verschiedener Leute an den Arbeiten der Saaleregulierung sind zum Teil auf ein dreizehntiges Minimum herabgesunken, das diese Zustände nicht länger zu ertragen und zu verantworten sind. Es handelt sich in der Hauptsache um jugendliche Arbeiter, bei denen vielfach der Trieb und das Pflichtgefühl zur Arbeit fehlt und andererseits um ältere Leute bis zu 65 Jahren, von denen man vollwertige nicht mehr verlangen kann. Die verschiedensten Einrichtungen, die Arbeitsleistungen da, wo möglich ungenügend, zu steigern, sind ohne Erfolg geblieben, weshalb ich mich gezwungen sehe, andere Maßnahmen zu ergreifen. Es soll diesen jüngeren und älteren Leuten nur M 1,50 pro Stunde gezahlt werden.“

Der Bauarbeiterverband hat auf Grund dieses Schreibens am 28. Mai eine Beschlusfassung mit den Arbeitern der Saaleregulierung abgehalten, wo auch der Arbeiter, Herr Grescher, zugegen war. Durch das Eingreifen der Verbandslitung wurde verhindert, daß die Löhne gekürzt wurden. Es wurde aber auch dringend ermahnt, daß jeder Arbeiter seine volle Pflicht und Schuldigkeit tun müsse, damit der Unternehmer seinen Lohn aus dem Verbandsfonds habe. Vom Geschäftsführer unseres Verbandes wurde aber Herr Grescher erklärt, daß infolge der immer mehr steigenden Preise gleich nach dem Beginn der Verhandlungen eingetreten werden müßte, damit ein höherer Lohn erreicht werde. Mit den bis dahin gezahlten Löhnen könnten die Arbeiter nicht mehr auskommen. Nur sind auf dieser Baustelle eine Anzahl Spartakisten, denen kein Mittel zu schenken ist die Gewerkschaftsbewegung zu strammem und politisch andernsdenke mit den Mitteln des Terror zu übergehen. Nachdem die Arbeiter an der Saaleregulierung bereits wußten, daß neue Lohnverhandlungen mit den Unternehmern angebahnt wurden, benutzten die Anhänger des Spartakusbundes, um ihre politische Forderung unter den Arbeitern zu fördern, die Gelegenheit, beim Gemeindevorstand einen Antrag einzubringen, der besagt, daß die an der Saaleregulierung beschäftigten Arbeiter nicht mehr unter den Bauarbeiter fallen sollen und daß ein Stundenlohn von M 2 gezahlt werden sollte. Ferner der Arbeiter der Saaleregulierung die Gelegenheit zu geben, die Saaleregulierungskommission am 28. Mai wurde folgender Beschlus gefaßt und dem Gemeindevorstand zur Annahme empfohlen:

„Die Verhandlungen über die grundsätzliche Regelung des Lohnes werden verlagert bis die Neuregelung des Bauarbeiterlohns erfolgt ist. Es wird ein Provisorium dahin getroffen, daß den Arbeitern die geforderten Höhe in Höhe von M 1,80 für Arbeiter unter 18 Jahren und über 65 Jahre und M 2 für Arbeiter von 18 bis 65 Jahren pro Stunde bewilligt werden, und zwar rückwirkend vom 18. Juni an, mit der Maßgabe, daß, wenn der neue Tarifvertrag andere Lohnsätze aufführt, dieselben auch bei den Arbeitern der Saaleregulierung Anwendung finden. Der Tarifvertrag für das Baugewerbe soll weiterhin Geltung haben. Dementsprechend wird auch die Zahlung der Regen- und Feiertage abgelehnt. Die Zustimmung des Gemeindevorstands bleibt vorbehalten.“

Als der Antrag in der Gemeindeversammlung am 3. Juli beschlossen wurde und Herr Grescher über das Benehmen sowie über die Leistungen der Arbeiter nähere Ausführungen machte, erbot sich die in der Gemeindeversammlung anwesende Deputation der Arbeiter und auf Kommando des Sachverständigen eine große Anzahl der an der Saaleregulierung beschäftigten Leute, die unter den vorerwähnten Mitteln die Gemeindeversammlung fürchten, so daß diese verweigert werden mußte. Diese Handlungsweise nicht kein vernünftiger Gewerkschafter und Gemeindevorstand. Nachdem auch die Verammlung des Bauarbeiterverbandes diese wilde Bewegung auf das schärfste gemißbilligt hatte, wurde von gewissenlosen Personen ein Streikzettel gegen den Bauarbeiterverband unternommen. Unter dem größten Terror wurden den Mitgliedern des Bauarbeiterverbandes die Verhandlungen abgenommen. Es wurde erklärt: „Es ist euch in dem Standpunkt des Ratesystems, da braucht ihr keine Organisation mehr. Nur die Diktatur des Proletariats ist das Mittel.“ Das sind netze Erzeugnisse. Leute, die bisher den Weg zur Organisation nicht fanden oder finden wollten, sind die größten Feinde der radikalsten Richtung. Ihre Agitationsarbeiten werden bei den ruhigeren Elementen wenig Boden finden. Das wird dadurch bewiesen, daß viele vernünftige Leute diesen Gemütsfindungen kein Gehör schenken und sich von der Gemeindevorstand, der sich die Interessen der Saaleregulierungsarbeiter ernstlich vertreten hatte, zu prüfen, weil er eine Maßnahme, die von einzelnen Arbeitern eingeleitet war, nicht nach ihrem Willen unterließ. Nachdem man den Mitgliedern des Bauarbeiterverbandes die Arbeiter abgenommen hatte, erklärten nur kurzem im Bureau des Arbeitsnachweises, erklärten 5 Mann, die Anhänger des Ratesystems sind, und geben die Verhandlungen mit folgender Erklärung aus: „Hier ist die Diktatur dafür, weil der Bauarbeiterverband die Verhandlung am 25. 3. Junge pro Stunde, was durch die Verhandlung am 2. Juli mit den Unternehmern erzielt wurde, nicht abgelehnt hat und nicht zugunsten der Saaleregulierungsarbeiter in den Streik eingetreten ist.“ Material ist diesen Leuten gehörig die Meinung gesagt worden. Es wäre ja unvernünftig gewesen, 800 Familienäbter aus dem Streik zu treiben wegen der Saaleregulierungsarbeiter, die infolge einer wilden Bewegung und Durchbrechung gewerkschaftlicher Verträge für sich einen Vorteil erlangt haben. Damit das Ratesystem „fest benehnt“ wird, hat man mit den idiotischen Agitationsmitteln die Geschäftsleitung des Bauarbeiterverbandes in den Streiken wurde, der Geschäftsführer habe die Regelung geschrieben, daß nicht mehr als M 1,90 die Stunde gezahlt werden sollte. Man sollte es kaum für möglich halten, daß solche Schwindelmärchen den Arbeitern aufgebunden werden können. Diese gefährliche Agitationsmethode ist ja Mittel zum Zweck. Der Vorstand des Bauarbeiterver-

handes geht über diesen Schindeln zur Lagerung über. Diese Lagerung kann man nur niedriger hängen. Den Arbeitern rufen wir zu: Trachtet nicht den Einführungen gewissenloser Personen, die eure Organisation als nutzlos schildern und euch zum Austritt bewegen wollen. Solche Personen werfe man geblüht in die Schranken; denn sie sind euch feindlich gesinnt.

Wie es ist, und wie es sein möchte.

Der Krieg mit seinen Begleiterscheinungen hat uns Deutschen besonders schwere Zeiten auferlegt. Wir waren fast alle (außer den Kriegsgewinnern) von dem einen Gedanken besetzt: nur erst Frieden! In dieser von Millionen von Menschen gemachten Verheerung gab man sich der Hoffnung hin, einer besseren Zeit entgegenzugehen. Die Friedensbedingungen haben uns in eine noch weit schlimmere Existenzlage gebracht. Nun wird täglich die Frage aufgeworfen: Wie kommen wir aus eigener Kraft aus diesen unheilbaren Zuständen heraus? Allgemein gehen die Ansichten dahin: nur durch Arbeitseinstellung. Wir müssen Werte schaffen, produktiv sein, nur das kann uns Erlösung bringen. Notwendig ist das Zusammenarbeiten sämtlicher Kräfte. Jeder im Volk ist lebende, gleichviel welche Stellung er inne hat, soll sein ganzes Können und Wissen dem Allgemeinwohl zugute kommen lassen. Speziell betrachtet, ist diese Ansicht wohl durchführbar; aber wenn wir an die praktische Durchführung gehen, dann ergeben sich Schwierigkeiten. Man sagt: die Menschen sind auf einen moralischen Tiefstand gekommen, aus dem sie schwer wieder emporzuheben sind. Dies ist bis zu einem gewissen Grade richtig. Es ist deshalb notwendig, die Menschen durch Beschäftigung ihrer Kräfte vor der äußersten Not zu bewahren und andererseits die Freude an der Arbeit zu heben. Dadurch entwickelt sich wieder ein geregelter Lebenswandel. Wir sind wirtschaftlich auf längere Zeit hinaus in eine abhängige Stellung gebracht, sind aber auch infamde, durch unsere Willenskraft und wieder in eine bessere Lage zu bringen, sobald die Wirtschaft klar gegrienen hat. Jeder Anfang ist schwer, besonders dann, wenn die nötige Unterlage fehlt. Zur Verbesserung unserer Wirtschaftssituation sehen uns zum Teil die nötigen Vorstoffe. Diese sind uns durch Verletzung der Grenzen verweigert worden. Die Rohstoffe, unter anderem das Eisen, sind durch die verschiedenen Blockaden auf dem schnellsten Wege zutage gefördert worden. Worauf ist es zurückzuführen, daß die Vermittlung von Arbeitskräften aus anderen Orten nach dieser Industriegegend so ungemünzt schwer ist? Hier müssen wir die verschiedenen Wirtschaftszweige betrachten. Die Wirtschaftszweige sind in diesen Kriegsjahren so stark zurückgegangen, daß sie nur noch in sehr geringem Maße auf den normalen Stand zurückzuführen sind. Dies ist die Ursache, warum die Arbeiter in diesen Kriegsjahren so stark zurückgegangen sind. Die Arbeiter sind in diesen Kriegsjahren so stark zurückgegangen, daß sie nur noch in sehr geringem Maße auf den normalen Stand zurückzuführen sind. Dies ist die Ursache, warum die Arbeiter in diesen Kriegsjahren so stark zurückgegangen sind.

Stellung Kaufmann bei Magdeburg, Bezirk Leipzig, sind bereits mehrere bezugsfähige Häuser fertiggestellt. Wenn man in die Kaufmann ein Bett und einen Tisch stellt, so kann man sich kaum noch herumdrücken. Wir ist dieser Lage der Jahresbericht 1918 der sächsischen Kriegserleichterung zu Gesicht gekommen, worin unter anderem folgendes geschrieben wurde: Auf der anderen Seite wurden unsere Einrichtungen, insbesondere unsere Kassen in Kaufmann mit Beschleunigung aller gütlichen Einzelheiten, Vertretern von Körperlichkeiten usw. befreit. Die Tagung der Vereine Heimatsbau in Leipzig im September 1918 brachte uns den gemeinsamen Besuch von rund 90 Vertretern der Bezirke und Vereine, dem ein Vortrag des Vorsitzenden über den Kaufmannsverein voranging, während eine Erläuterung an Ort und Stelle der Siedlung erfolgte. Dem muß ich entgegenhalten: Was wollen diese Herren davon, wie einem Arbeiter zumute ist Sie wohnen in ihren Kassen oder herrschaftlichen Mietwohnungen. Was möchte einmal die Siedlung morgen erreichen, in diesen Kassen zu wohnen. Da würden sie wohl mit beiden Händen absteigen; aber für uns Profiteure ist es ja gut genug. Das beweist, daß in der Heimatbankausstellung sogar Entwürfe über Erdhöhlen zu machen werden können.

Bei den Entwürfen, die mir in diesem Jahre zu Gesicht gekommen sind, mag es, soweit der Umfang der Räume in Betracht kommt, noch gehen. Wie sieht es aber mit der Höhe aus? Parteeier ist mit 2,00 m Zimmerhöhe vorgesehen, die oberen Zimmer sogar nur mit 2,35 m. Wenn in bezugsfähigen Schlafräumen eine Familie morgens erwacht, da kann sie es vor Entsetzen nicht ausfallen. Nun zu den Fenstermaßen. Die sind im Parteeier 80 cm mal 1,20 m, im oberen Geschloß 80 mal 80 cm vorgezogen. Das sieht vor aus, daß frühzeitig Licht angebracht wird, um sehen zu können. Erfolgreich ist hier die Sparsamkeit an den besetzten Platz angebracht, vom gesundheitlichen Standpunkt gar nicht zu reden. Da fällt man sich laufend Jahre zurückverfolgen, oder in die russischen Dörfer. Und das nennt man dann Erholung, wenn man tagsüber in den Fabriken gearbeitet hat, die paar freien Stunden im Garten zu arbeiten hat und sich dann die Nacht in solch niedrigen, stickigen Räumen zum Schlafen ergeben muß. Weitere Sparsamkeit an der besetzten Stelle sind die Kellerräume. Bei jedem Entwurf ist nur ein Keller vorgezogen, in dem der Bewohner seine Gartengeräte, Kohlen usw. aufbewahren kann. Die Keller sind in der Regel so niedrig, daß sie nicht mehr als ein Stuhl hoch sind. Das ist die Ursache, warum die Arbeiter in diesen Kriegsjahren so stark zurückgegangen sind.

100 qm bebauter Fläche und nicht mehr als 4 Wohnräume enthält. Alles übrige ist im allgemeinen dem Bauherrn überlassen. Nun haben es manche Architekten noch nicht begriffen, was dabei die Hauptfrage ist. Sie legen sehr viel Wert auf den äußeren Anblick und berechnen dabei das Innere des Hauses. Soweit die Unterfertigung in Betracht kommt, hat der Kollege Schmidt recht, wenn wir auch der Meinung sind, daß manche Gartenfrüchte besser draußen in der Erde, als im Keller überwinterbar werden können. Den Knieholz anzubringen, hängt wohl hauptsächlich mit der Größe des umbauten Raumes zusammen, das heißt mit den Kosten. Nun ist es fiderlich für das Deutsche Reich, den Einzelbau und die Gemeinde ein Kleines, 4 000 mehr für ein Haus als Heberterzeugungszufuß zu bewilligen. Aber, Kollege Schmidt, in Groß-Wehrin sind allein 60 000 Entwürfe für Heberterzeugungszufuß gestellt. Wenn dort jedes Haus nur 4 000 mehr kosten würde, so machte das einen Betrag von 240 Millionen Mark aus. Und wir rechnen nicht zu niedrig, wenn wir für ganz Deutschland den dreifachen Satz in Anschlag bringen. Das wären allein 800 Millionen Mark Mark zu leisten, ohne den sonstigen Heberterzeugungszufuß. Ganz richtig und höher von Parlament 500 Millionen Mark insgesamt. Wie sind auch der Meinung, daß an den erstellten Vorschriften dieses zu bessern wäre, aber irgend-wo muß hinsichtlich der Größe der Anforderungen eine Grenze sein.

Fliesenleger.

Fliesen. Am 2. Juli hatten die Fliesenleger des Reichsfliesenlegerverbandes eine Verhandlung mit den Unternehmern wegen Aufstufung eines Tarifvertrages. Die Fliesenleger hatten einen Stundenlohn von 1,50 und die Befestigung der Affordarbeit gefordert. Auf Grund dieser Forderung schied die Verhandlung anfangs scheitern zu wollen. Unsere Vertreter mußten sich zurückziehen und neue Forderungen formulieren. Die Unternehmer wollten von der Affordarbeit nicht abgehen. Sie beriefen sich auf Ansprüche einiger sozialistischer Volkswirtschaftler. Auf diesen wider gingen unsere Kollegen nicht so ohne weiteres ein. Sie verlangten deshalb, weil die Befestigung der Affordarbeit nicht möglich war, daß der Stundenlohn garantiert und die Hilfsarbeiterverträge geregelt werden. Die Kollegen wehrte sich der Vertreter des Fliesenlegerverbandes, doch, mit Händen und Füßen, weil es unter diesen Umständen keinen Vertrag gäbe. Besonders die Kollegen Kallenbach, Bodum, und Peise, die besetzten, daß unter allen Umständen den Fliesenlegern unserer Kollegen Rechnung getragen werden müsse. Daraufhin wurden diese beiden Punkte den Konfessionen zugrunde gelegt. Nachdem nun unsere neuen Forderungen den Unternehmern unterbreitet waren, wollten diese abtreten und sich zurückziehen. Doch kam ihnen aber als ostfriesischer Mensch zuvor und erklärte: Wir bitten, meine Herren, bleiben Sie nur hier, wir werden schon so lange hinausgehen. Es gibt nun einmal Menschen, die die Gleichberechtigung nicht fassen können. Nachdem nun die Unternehmer ihre Beratungen erledigt hatten, erklärten sie sich bereit, im neuen Vertrag auch die Gleichberechtigung zu garantieren. An die Hilfsarbeiterverträge wollten die Unternehmer noch nicht abgeben. Aber nach langen Hin- und Herreden, wobei doch auch bemerkt, man solle Schluss machen, es würde doch nichts dabei herauskommen, ergabte man auch hier in der Nachtmittingung eine Einigung. Es ergabte sich 90 und 110 pzt. Aufschlag auf den alten Affordvertrag bei Stellung von Hilfsarbeitern, ohne Hilfsarbeiter 110 und 130 pzt. Im großen und ganzen sieht unser Vertrag dem Wortlaut nach an.

Vom Bau.

Anfall. Auf dem Neubau der Unionkolonie in Ostlitz im Gemeindefeld am 5. August kurz vor Beginnabend der 42jährigen Zementeur Wilhelm Götz in Leipzig infolge Fehlens jeder Schutzvorrichtung zwei Stodwerke hoch herab. Schwereverletzt wurde er in das städtische Krankenhaus eingeliefert. Die Zementearbeiter werden von der Firma Richter, Kammerling & Co. aus Leipzig ausgeführt. Der Unfall beweist wieder aufs neue, wie dringend notwendig die Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen ist. Bedeutende Kleinwohnungsbauten. Um die Wohnungsnot zu beheben, will die Stadt Bismarck den Wohnungsbau durch die Unterstützung von Baugenossenschaften, Siedlungsgesellschaften, Privatpersonen und durch Errichtung von Wohnungen für eigene Rechnung fördern. Von der Stadt werden 29 Häuser mit 67 Wohnungen, vom Prinzinnenverein 7 Häuser mit 28 Wohnungen, vom Bauverein 7 Häuser mit 7 Wohnungen, von den Angehörigenvereinen 28 Häuser mit 82 Wohnungen, von verschiedenen Privatpersonen 19 Wohnungen erbaut werden. Für diese Bauten sind Heberterzeugungszufußleistungen im Gesamtbetrag von 4 800 000 erforderlich. Baupolizeiliche Erleichterungen für den Kleinwohnungsbaun. Schon seit langer Zeit wird mit Recht Klage darüber geführt, daß die meisten städtischen Bauordnungen auf die vielfachen Schwierigkeiten der Bauherren sind. Wenn die hohen Anforderungen an Mauerkräften, Treppen, Brandmauern usw., die aus Gründen der Standfestigkeit und Feuerfestigkeit für solche Bauherren berechnet sind, auch auf Kleinbauten und Wohngebäude mit geringer Geschwindigkeit übertragen werden, so werden damit die Baukosten in unzulässiger Weise verteuert, denn kleinere Wohnhäuser können ohne Schaden in leichterer Bauart ausgeführt werden. Ein Hindernis darauf, daß in größeren Städten und Industriegebieten neben dem eigentlichen Hochbau auch das mehrflüchtige Kleinwohnungsbaun zunächst noch befechteten werden muß, hat der Staatskommissar für das Wohnungsbaunwesen, Scheidt, vor kurzem erleichterte Vorschriften für diese sogenannten Mittelhäuser erlassen, die eine wesentliche Erparnis an Baukosten ermöglichen und die Bauweise in wirtschaftlicher Hinsicht weitverbreitet erhalten. Als Mittelhäuser im Sinne dieser Vorschriften gelten Wohnhäuser für Klein- und Mittelwohnungs-

Siedlungsweesen.

Als im Spätherbst 1917 die Heimatsbauausstellung, verbunden mit einer Ausstellung der Entwürfe und Modelle für Kleinwohnungsbaun, in Leipzig war, kritisierte der „Grundstein“ die dort ausgestellten Entwürfe, was bisher auch alles ist, das von unserer Organisation in dieser Sache unternommen wurde. In den letzten Jahren ist der Bezug auf gesundheitlichen Schutz nicht geändert, was aus den bisher fertiggestellten Bauten sowie den mit zur Kenntnis genommenen Entwürfen zu erkennen ist. Im Folgenden möchte ich die Bauart des Kleinwohnhauses, wie es heute gebaut und auch nur so genehmigt wird, der Gesundheitlichkeit im Kleinwohnungsbaun mit circa 1250 bis 2500 qm Gartenland ist als Erholungsstätte, hauptsächlich für die Kriegserleichterung, gedacht, damit diese sich darin von den Wunden, die der Krieg mit sich gebracht hat, erholen sollen. Wie sieht es aber in Wirklichkeit damit aus? Was ganze Siedlungsweesen ist auf eine Person und ein stilles Bauwerk ausgelegt, aber espariert wird an der verletzten Stelle. In früheren Zeiten war die Förderung der organisierten Arbeiterkräfte, hauptsächlich die des Bauwesens, sowie die und Luft in die Wohnräume gelangen zu lassen, wie nur irgend möglich. Wie sieht es aber bei dem Kleinwohnungsbaun aus? In der sächsischen Arbeiter-

Annemerkung der Redaktion: Zu dem Aufsatz des Kollegen Schmidt müssen wir einige Bemerkungen machen. Zunächst müssen wir ihm sagen, daß er zu den gesundheitlich-nützlichen Maßnahmen des „Grundstein“ zu gehen scheint, sonst ist seine Kritik in dieser Hinsicht unverständlich. Der „Grundstein“ hat nicht nur 1917 Kritik geübt, sondern auch nach dieser Zeit. Und am schärfsten wohl bezüglich der Ausstellung für parlane Bauweise. Die in Kaufmann ausgeführten Bauten kennen wir nicht, konnten sie darum auch nicht kritisch erwähnen. Sie können doch nicht im Grunde heranzureifen und Objekte für unsere diesbezügliche Kritik haben. Wir müssen uns in dieser Hinsicht auf unsere Kollegen in den einzelnen Landesstellen verlassen. Aber unter denen sind leider viele, die sich lieber mit der hohen und höchsten Politik befassen, als mit beruflichen Dingen. Bei jedem Zeit hat nun das Wohnungsbaunwesen die dazugehörige Kritik, und wir sind ihm soweit für Teile zur Aufsicht dankbar. Seine Kritik richtet sich aber zum Teil gegen unzulässige Stellen. Wenn die Entwürfe und Ausführungen für Kaufmann so mangelhaft sind, so liegt die Schuld dafür wohl weniger an einer Regierung, als an den betreffenden Architekten. Wir hatten vor einigen Wochen Gelegenheit, auch hier in Hamburg einen sächsischen Architekten zu hören, der bezugsfähige Vorgebauten anbot. Er fand jedoch keine Gegenstände. Sowie es bekannt ist, lauten die allgemeinen Bestimmungen so, daß der Heberterzeugungszufuß gezahlt werden soll für Häuser, deren umbauter Raum nicht mehr als 400 cbm, nicht mehr als



